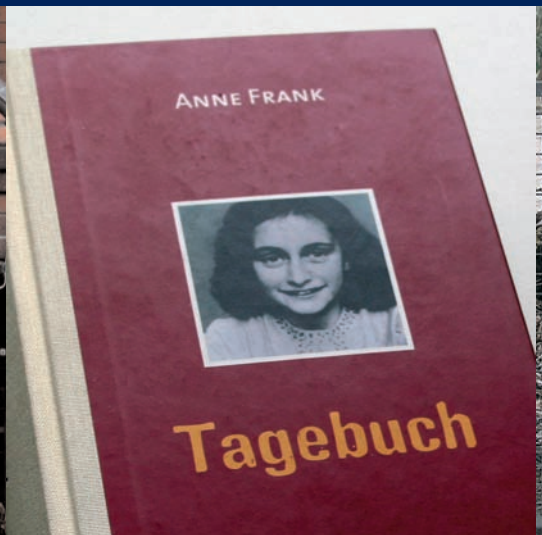
DIE LINKE. PDS
Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt

Für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt

Landesprogramm gegen Rechtsextremismus







Für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt

Landesprogramm gegen Rechtsextremismus

Vorwort

Am 3. März 2005 verabschiedete der Landtag einstimmig eine Erklärung für ein demokratisches und tolerantes Sachsen-Anhalt. Dies war die Antwort der Abgeordneten aller Parteien auf die wachsende Zahl von rechtsextremistischen Aktionen in Sachsen-Anhalt, die zunehmend gewalttätig und offen gegen das demokratische Gemeinwesen gerichtet waren. Mit dem Landtagsbeschluss wurde das „Netzwerk für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt" ins Leben gerufen.

Wir waren uns bewusst, dass ein politisches Signal gebraucht wurde, um das Verdrängen des Gefahrenpotentials von Rechts und die schleichende Toleranz in allen gesellschaftlichen Kreisen gegenüber inhumanen, rassistischen und nationalistischen Ideen zu thematisieren und rechtsextremen Ausschreitungen durch wehrhaftes zivilgesellschaftliches Handeln wirkungsvoll zu begegnen. Das Netzwerk für Demokratie und Toleranz will den Menschen und Institutionen im Land, die sich einem Rechtsruck entgegenstellen, die sich für Demokratie und Menschenwürde engagieren, Mut machen, in ihrem Bemühen nicht nachzulassen, es will konkrete Hilfestellung geben in der Auseinandersetzung mit antidemokratischen Kräften. Bewusstes Registrieren der alltäglichen Begebenheiten und gemeinschaftliches Zurückweisen der Angriffe auf unsere Demokratie sind die Voraussetzung dafür, dass rechtes Gedankengut nicht mehrheitsfähig werden kann. Allerdings mussten wir feststellen, dass die Bündnispartner es bislang nicht geschafft haben, eine gemeinsame konzeptionelle Basis zu finden. Zwar ist die Landeskampagne „Hingucken!" ein erster Ansatz, reicht als gesamtgesellschaftlicher Anspruch aber nicht aus.

Deshalb versteht sich das vorliegende Landesprogramm auch als Beitrag der Linkspartei, das Netzwerk zu stärken. Es richtet sich an alle, die bereit sind, für ein demokratisches und tolerantes Sachsen-Anhalt einzutreten. Seine Vorschläge zielen auf das Fühlen und Denken der Menschen und definieren die Bekämpfung des Rechtsextremismus als Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche. Die größte und schwierigste Aufgabe besteht darin, die Akzeptanz undemokratischer und intoleranter Einstellungsmuster anzugreifen und bewusst zu machen, dass hier jede und jeder gefordert ist. Hier sieht auch die Heitmeyer-Studie zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Sachsen-Anhalt" das eigentliche gesellschaftliche Problem. Wir danken dem DGB Sachsen-Anhalt, dass er diese Expertise in Auftrag gegeben und die Ergebnisse für die Programmerarbeitung zur Verfügung gestellt hat.

Das Landesprogramm benennt die kompromisslose Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus als primäre Aufgabe des Netzwerkes für Demokratie und Toleranz und soll helfen, die vielfältigen Aktivitäten der engagierten Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zu koordinieren.

Wulf Gallert
Fraktionsvorsitzender

Gudrun Tiedge
Leiterin der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus

Inhalt

Vorwort 5

1. Leitbild 7

2. Rechtsextreme Einstellungen in Sachsen-Anhalt 9
2.1. Vorbemerkung zum Begriff Rechtsextremismus 9
2.2. Einstellungen und Potentiale 10

3. Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt 12
3.1. Rechtsextremismus und Gewalt 12
3.2. Rechtsextreme Gewalt in Sachsen-Anhalt 13
3.3. Rechtsextreme Strukturen und Aktivitäten in Sachsen-Anhalt 13

4. Was tun gegen Rechtsextremismus? 19

5. Bisherige Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt 22

6. Maßnahmen für eine starke Zivilgesellschaft 24
6.1. Stärkung zivilgesellschaftlicher Initiativen 24
6.2. Unterstützung der Opfer rechter Gewalt 24
6.3. Mobile Beratungsteams 24
6.4. Sensibilisierung gesellschaftlicher Gruppen 24
6.5. Vernetzung von Politik, Verwaltung, Vereinen und Verbänden 25
6.6. Politische Bildung für alle Altersgruppen 25
6.7. Einbindung der Wissenschaft 25
6.8. Finanzierung 26

7. Maßnahmen für ausgewählte Politikfelder 27
7.1. Bildung und Wissenschaft 27
7.2. Kultur und Medien 32
7.3. Jugend und Sport 34
7.4. Soziales 35
7.5. Wirtschaft und Arbeit 38
7.6. Kommune und ländlicher Raum 38
7.7. Inneres und Justiz 40

Impressum 42

1. Leitbild

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Volk von Sachsen-Anhalt bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.[1]

Menschenwürde und Menschenrechte sind die unabdingbaren Basisnormen, denen sich die staatlichen Institutionen, aber auch die Bürgerinnen und Bürger des Landes Sachsen-Anhalts als Leitlinien ihres Handelns verpflichtet wissen. Menschenwürde und Menschenrechte sind nicht einfach „gegeben", sondern sie sind stets gefährdet und bedürfen, sollen sie mehr als leere Versprechen sein, der dauerhaften Anstrengung aller: der Bürgerinnen und Bürger, aber auch der staatlichen Politik.

Massivste Gefahren für Menschenwürde und Menschenrechte gehen heute von rechtsextremen Kräften im Lande aus. Sie lehnen diese Grundnormen nicht nur ideologisch ab, sondern handeln auch danach. Eine dichte Folge von rechtsextrem motivierten Gewalttaten ist das sichtbare Ergebnis. Weder der Staat noch die Bürgerschaft des Landes dürfen sich damit abfinden.

Die Angriffe der Rechtsextremen höhlen nicht nur das staatliche Schutz- und Sicherheitsversprechen aus und beschädigen damit die Institutionen des Rechtsstaates, sondern gelten in erster Linie sozialen Gruppen, die ohnehin gesellschaftliche Ausgrenzung erfahren und des besonderen staatlichen Schutzes wie der aktiven Solidarität der Bürgerschaft bedürften. Fast täglich werden Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft, ihres religiösen Bekenntnisses, ihrer Weltanschauung, ihrer politischen Überzeugung oder ihres schlichten Andersseins und Anderslebens zu Opfern von Angriffen. Sachsen-Anhalt hat in seiner kurzen Geschichte mindestens fünf Tote durch rechte Gewalt zu beklagen. Insbesondere in einigen ländlichen Regionen, aber auch in besonderen städtischen Quartieren haben Rechtsextreme einen immer größeren Einfluss auf das soziale, kulturelle und politische Leben im Gemeinwesen erzielen können. Sie gehören dort zur Normalität. Menschenfeindliche und antidemokratische Einstellungen werden von größer werdenden Minderheiten der Bevölkerung auch offen vertreten. Wo die rechtsextreme Szene zum einzigen Anbieter von Musik- und Freizeitangeboten wird, droht der nachwachsenden Generation besonderer Schaden.

Sicherlich sind bekennende und aktive Rechtsextreme nach wie vor eine kleine Minderheit in diesem Lande. Aber ihre Parolen finden eine breiter werdende Resonanz und dies in allen gesellschaftlichen Milieus und Altersgruppen. Der Schaden, den sie bereits jetzt für das Gemeinwesen durch die Verletzung, Demütigung und Ängstigung von Mitbürgerinnen und Mitbürgern, aber auch durch die Beschädigung der demokratisch-menschenrechtlichen Grundlagen des Landes anrichten, ist immens – von den Imageschäden ganz zu schweigen.

Mit diesem Landesprogramm fordern wir verstärktes und konsequentes staatliches Handeln gegen Rechtsextremismus. Daran hat es in den vergangenen Jahren vielfach gemangelt. Dies gilt für den Schutz potentieller Opfer sowie die repressive und strafrechtliche Eindämmung rechtsextremer Gewalt ebenso wie für die vielfältigen präventiven Möglichkeiten in allen politischen Handlungsfeldern, von der politischen Bildung bis zur Kommunalpolitik.

Das Landesprogramm richtet sich gleichzeitig an die aktive Bürgerschaft des Landes. Viele Bürgerinnen und Bürger engagieren sich bereits heute haupt- und ehrenamtlich in Parteien, Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen, Kirchen und Initiativen. Ihr Einsatz für ein demokratisches und tolerantes Sachsen-Anhalt ist zugleich ein wichtiger Beitrag gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Aber wir haben es noch immer mit einer politisch schwachen Zivilgesellschaft zu tun. Die Stärkung ihres demokratisch-menschenrechtlichen Fundaments muss daher zur zentralen Aufgabe der Landespolitik werden.

1 Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt, Artikel 4

„Mehr Demokratie wagen!“ lautet der gemeinsame Nenner vieler Forderungen dieses Programms. Es mutet den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes zu, selbst gegen den rechtsextremen Zerfall der demokratisch-menschenrechtlichen Substanz des Gemeinwesens aktiv zu werden. Und es verlangt eine Landespolitik, die dafür die nötigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bereitstellt, die Bürgerschaft ermutigt, anerkennt und unterstützt sowie ihren staatlichen Schutzfunktionen besser nachkommt.

2. Rechtsextreme Einstellungen in Sachsen-Anhalt

2.1 Vorbemerkung zum Begriff Rechtsextremismus

Der Begriff „Rechtsextremismus“ ist in aller Munde. Mit ihm werden – je nach sozialer, politischer oder beruflicher Verortung – häufig ganz unterschiedliche Inhalte damit verbunden. Gemeinhin hat sich jedoch die Definition von „Rechtsextremismus“, wie sie vom Verfassungsschutz verwendet wird, als Deutungsmuster durchgesetzt. Dieses amtliche Verständnis von „Rechtsextremismus“ geht davon aus, dass es jenseits einer demokratischen „Mitte“ der Gesellschaft an den Rändern extremistische Tendenzen gäbe, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik infrage stellen oder ablehnen, gegen den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben.[2]

Wenn Begriffe wie „Extremismus“ bzw. „Rechtsextremismus“ einzig negativ durch die Gegnerschaft zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ bestimmt werden, bleiben die besonderen Inhalte dieser „Extremismen“ unbeleuchtet. Zudem kann dies zu weiteren Verkürzungen führen. Zum einen erscheint „Rechtsextremismus“ als gesellschaftliches Randphänomen ohne inhaltliche Gemeinsamkeiten mit Einstellungen oder Handlungen der sogenannten demokratischen Mitte. Zum anderen liegt der Fokus einer solchen Definition auf rechtsextremen Handlungen und vernachlässigt entsprechend vorgelagerte Einstellungsmuster. Vor dem Hintergrund einer steigenden Anzahl rechter Gewalttaten, die zumeist von Jugendlichen oder jungen Erwachsenen begangen werden, entsteht so häufig der Eindruck, dass Rechtsextremismus ein Problem jugendlicher Randgruppen sei.

Die gegenwärtigen rechtsextremen Aktivitäten und Strukturen sowie die bestürzend hohe gesellschaftliche Akzeptanz von bzw. Identifizierung mit rechtsextremen Einstellungsmustern und Handlungen legen ein alternatives sozialwissenschaftliches Begriffsverständnis nahe, wie es dort durchaus auch kontrovers diskutiert wird. Solche sozialwissenschaftlichen Definitionen umfassen dabei nicht nur rechtsextreme Handlungen und Organisationen, sondern auch Einstellungen. Zudem sind sie für eine Ursachenforschung sowie für die Entwicklung von zivilen und staatlichen Gegenstrategien hilfreicher.

Das Landesprogramm folgt einer Definition, die in ähnlicher Form von vielen Forscherinnen und Forschern geteilt wird. Diese bezeichnet Rechtsextremismus als die „Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassisch oder ethisch bedingten Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechtsdeklarationen ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen. Unter Rechtsextremismus verstehen wir insbesondere Zielsetzungen, die den Individualismus aufheben wollen zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homogenen Gemeinschaft in einem starken Nationalstaat und in Verbindungen damit den Multikulturalismus ablehnen und entschieden bekämpfen.“[3]

Um auch den Ursachen der verbreiteten gesellschaftlichen Akzeptanz von rechtsextremen Aktivitäten auf die Spur zu kommen, wird hier zwischen Handlungen oder Verhalten einerseits und Einstellungen andererseits unterschieden. Zum rechtsextremen Verhalten gehören nicht nur Gewalttaten, sondern auch die Mitgliedschaft in rechtsextremen Organisationen, die Wahl rechtsextremer Parteien, sowie alle anderen rechtsextrem motivierten Formen der politischen Beteiligung, von der Unterschriftensammlung bis zur Straßendemonstration.[4] Von einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild kann erst gesprochen werden, wenn alle oder zumindest

2 Vgl. Richard Stöss, Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2005, S. 16.
3 Hans-Gerd Jaschke, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Opladen 1994, S. 31.
4 Vgl. Stöss, S. 25ff.

fast alle der dargelegten Einstellungen – wie beispielsweise Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus, Autoritarismus, Antisemitismus oder Sozialdarwinismus – zusammenkommen. Konkret bedeutet dies, dass weit weniger als die Hälfte derer, die z.B. fremdenfeindliche Aussagen unterstützen, rechtsextrem eingestellt sind, d.h. auch die anderen Einstellungen teilen. Aber einzelne populäre Überzeugungen bieten ideale Anknüpfungspunkte für die rechtsextreme Agitation und Mobilisierung.

2.2. Einstellungen und Potentiale

Seit der Wiedervereinigung sind zahlreiche soziologische Studien durchgeführt worden, die rechtsextreme Einstellungen innerhalb der Bevölkerung untersucht haben.[5] Insbesondere eine Studie, die Mitte 2006 im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt wurde,[6] verdeutlicht, dass Rechtsextremismus mitnichten ein Randphänomen darstellt, sondern einzelne Einstellungsmuster bis weit in der sog. Mitte der Gesellschaft zu finden sind. Dies gilt besonders für Fremdenfeindlichkeit, die als „Einstiegsdroge" in den Rechtsextremismus betrachtet werden muss. Demnach haben in Sachsen-Anhalt 39,7% der Bevölkerung starke fremdenfeindliche Einstellungen. Nur in Brandenburg und Bayern waren hier höhere Werte zu verzeichnen. 15,5% der Einwohner/innen Sachsen-Anhalts vertreten chauvinistische bzw. nationalistische Positionen.[7] Diese Einstellungen finden sich dabei in beiden Geschlechtern, in allen Altersgruppen und bei Wähler/innen aller Parteien wieder.[8] Deutlich geringer ist jedoch die Zustimmung in Ostdeutschland, wenn es um die Verharmlosung des Nationalsozialismus (2%), Antisemitismus (4,2%) oder die Befürwortung einer Diktatur (6,5%) geht.[9]

Auch die Langzeiterhebungen zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit" (GMF)[10] des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung in Bielefeld kommen in einer Sonderauswertung für Sachsen-Anhalt zu alarmierenden Ergebnissen.[11] Demnach sind 66% aller Befragten der Meinung, es leben zu viele Ausländer/innen in Deutschland. 45,2% würden die Ausweisung von Ausländer/innen befürworten, wenn Arbeitsplätze knapp werden. Der Aussage, die Weißen seien zu Recht führend in der Welt, stimmten 18,4% der Sachsen-Anhalter/innen zu. Einen ähnlich hohen Grad der Zustimmung, nämlich 17,9%, erfährt die Ansicht, dass Juden in Deutschland zuviel Einfluss hätten.[12]

Bei der Betrachtung der Zustimmungswerte zu den Elementen der GMF ergibt sich für Sachsen-Anhalt folgendes Bild: Fremdenfeindlichkeit 38,6%; Islamophobie 24,0%; Rassismus 9,3%; Obdachlosenabwertung 27,4%; Sexismus 20,3%; Antisemitismus 7,7%; Behindertenabwertung 19,4%; Homophobie 23,1%; Etabliertenvorrechte 28,0%.[13] Dabei ist zu beobachten, dass die Zustimmungswerte bei der Altersgruppe der über 60jährigen und bei der

5 Vgl. z.B. Jürgen W. Falter, Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland, München 1994; Richard Stöss und Oskar Niedermayer, Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotential rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik im Frühsommer 1998, Berlin 1998; Richard Stöss, Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Bonn 1999 oder Wilhelm Heitmeyer, Deutsche Zustände, Frankfurt a.M. 2006.

6 Oliver Decker und Elmar Brähler, Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin 2006.

7 Vgl. ebd., S. 46. Die hier zitierten Daten des Ländervergleichs sind jedoch aufgrund der teilweise zu geringen Fallzahl nur begrenzt repräsentativ.

8 Vgl. ebd., S. 47–65.

9 Vgl. ebd., S. 43.

10 Folgende Elemente bilden das Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit: Fremdenfeindlichkeit, Etabliertenvorrechte, Islamophobie, Obdachlosenabwertung, Homophobie, Behindertenabwertung, Sexismus, Antisemitismus, Rassismus (vgl. Wilhelm Heitmeyer, Das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Phänomene, Erklärungen und die Entwicklungen über die Zeit, in ders. (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 4, Frankfurt a. M. 2006, S. 21–36.)

11 Wir danken dem DGB Sachsen-Anhalt, dass er diese Sonderauswertung in Auftrag gegeben und die Ergebnisse für die Programmdebatte zur Verfügung gestellt hat.

12 Vgl. zu diesen Werten: Christian Babka von Gostomski, Expertise: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen-Anhalt (2002–2006), Bielefeld 2006, S. 17f.

13 Ebd., S. 22. Die Zustimmung zu den Elementen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ergibt sich jeweils aus dem Anteil der Befragten, die beiden Indikatoren eher oder voll und ganz zustimmen. Sexismus und Behindertenabwertung wurden jeweils nur mit einer Aussage erfasst.

Altersgruppe der 35- bis 60jährigen höher sind als bei jungen Menschen.[14]

Die Autor/innen der Studie kommen zu dem Ergebnis, dass Personen aus Sachsen-Anhalt im Vergleich mit den übrigen Befragten aus den östlichen Bundesländern am stärksten negativ gegenüber Muslim/innen eingestellt sind. Weiterhin heißt es: „Im Vergleich aller Befragten aus den neuen Bundesländern [...] sind die Deutschen aus Sachsen-Anhalt [...] fremdenfeindlicher und Obdachlose abwertender eingestellt als Westdeutsche."[15]

Die Studie untersucht darüber hinaus den Einfluss der sozialen Desintegration[16] auf die Ausprägung der Elemente Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dabei stellen die Autor/innen fest, dass in Sachsen-Anhalt insbesondere Personen, die meinen, dass sie weniger haben als sie brauchen, sich am stärksten fremdenfeindlich, islamophob, am rassistischsten, homophob und Etabliertenvorrechte einfordernd artikulieren. Allerdings haben sich in Sachsen-Anhalt fremdenfeindliche Ansichten stärker als in westlichen Bundesländern auch bei Personen festgesetzt, die nach eigener Auskunft alles oder mehr haben, als sie brauchen.[17]

Die Studie zeigt, dass es keinen unmittelbaren Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und menschenfeindlichen Einstellungen in Sachsen-Anhalt gibt: Auch in Haushalten mit etwas oder wenig Angst vor Arbeitslosigkeit findet man eine vergleichbare Zustimmung zu Elementen der GMF. Bedeutsamer scheint dagegen die politische Entfremdung, etwa im Sinne subjektiv wahrgenommener Machtlosigkeit zu sein: „Je machtloser sich eine Person bezüglich ihrer Einflussnahme auf Politik und Regierung fühlt, desto stärker werden fremdenfeindliche, islamophobe, rassistische, sexistische, antisemitische und homophobe Ansichten vertreten. Zudem nimmt mit der wahrgenommenen Machtlosigkeit die Forderung nach Etabliertenvorrechten zu."[18]

So wenig Rechtsextremismus schon auf der Ebene der Einstellungen als einheitliches Phänomen verstanden werden kann, so wenig gibt es die eine, alles erklärende Ursache. Individuelle und gesellschaftliche Faktoren sind aufs Engste miteinander verwoben. In vielen westlichen Ländern, aber auch in Osteuropa ist es nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und unter dem Eindruck vielfältiger Globalisierungsprozesse zu einem politischen Aufschwung rechtsextremer und rechtspopulistischer Strömungen gekommen. Es handelt sich also weder um ein typisch deutsches noch um ein vorwiegend ostdeutsches Phänomen im Sinne einer Erbschaft der untergegangenen DDR. Diese Aussage darf freilich nicht davon entlasten, die besondere Verantwortung Deutschlands vor dem Hintergrund der Gräuel der Nazi-Zeit zu betonen oder jene zusätzlichen Hypotheken im Blick zu behalten, die sich aus der DDR-Geschichte und den Transformationsprozessen nach der Wende aufgehäuft und Rechtsextremen in den neuen Bundesländern zu besonderem Zulauf verholfen haben. Autoritäre Erziehungsstile, individuelle Abwertungserfahrungen, fehlende oder geringe soziale Kompetenzen, „Angst vor dem Chaos", die durch unbeherrschbare ökonomische Prozesse und weltweite Wanderungsbewegungen ausgelöst wird, spielen ebenso eine Rolle, wie die Angst vor dem sozialen Abstieg oder enttäuschte Erwartungen, sei es mit Blick auf die eigenen Lebenschancen oder die politischen Einflussmöglichkeiten.

14 Ebd., S. 28.
15 Ebd., S. 23.
16 „Wer selbst gefährdet ist, aus der Gesellschaft ausgeschlossen zu werden oder dies bereits ist, nimmt weniger Rücksicht auf andere schwache Gruppen, sucht einen Sündenbock für die eigene schlechte Situation und versucht, über die Abwertung von anderen, sich selbst aufzuwerten." (Vgl. ebd., S. 3.)
17 Ebd., S. 41.
18 Ebd., S. 46.

3. Rechtsextreme Praxis in Sachsen-Anhalt

3.1. Rechtsextremismus und Gewalt

Ein wesentliches Kennzeichen rechtsextremer Aktivitäten ist die latente und immer wieder ausgelebte Gewaltbereitschaft gegenüber allen Personengruppen, die nicht in das Ideal einer rassistisch definierten Volksgemeinschaft passen. Gewalt darf dabei nicht als situatives, alkoholbedingtes Problem präpotenter junger Männer betrachtet werden. Rechtsextreme Gewalt ist mehr als nur die Steigerung eigentlich unpolitischer jugendlicher Raufhändel und Revierkämpfe, selbst wenn solche Elemente im Alltag eine Rolle spielen können. Zentral ist vielmehr ein aus dem Nationalsozialismus wohl bekanntes Politikverständnis, das politische Gegner zu Feinden erklärt, die es – soll das eigene Ideal der homogenen Volksgemeinschaft verwirklicht werden – zu vertreiben und zu vernichten gilt. Dieses Schicksal teilen sie mit den bevorzugten „Sündenböcken" der Rechtsextremen (Ausländer, Farbige, Juden, Schwule, Obdachlose etc.). Deren ideologische Dehumanisierung und Entwertung schafft die Legitimationsfolie dafür, dass selbst heimtückische Brandanschläge auf Asylbewerberunterkünfte oder gemeinsame Überfälle auf Punks von den Tätern und ihren Unterstützern als „heldenhafter Widerstand" gegen „Überfremdung" etc. stilisiert werden können. Dieser Gewaltkern ist dem Rechtsextremismus eigen[19]; er wird allenfalls strategisch verhüllt oder situativ mit Blick auf die jeweiligen Kräfteverhältnisse zurück genommen.

Rechtsextreme Organisationen und vor allem die rechtsextreme Jugendkultur sind überwiegend maskulin geprägt. Dabei verbindet sich aggressives und minderheitenfeindliches Verhalten mit entsprechenden politischen Inhalten und Stilisierungen. Organisierte und nicht organisierte Rechtsextreme berufen sich in ihren Aktivitäten und in ihren äußeren Erscheinungsbildern – beispielsweise in Form von Kleidung und Symbolen – auf den Nationalsozialismus mit seinem immanent terroristischen Charakter sowie auf andere nationalistische, antisemitische und militaristische Kampfbewegungen. Hinzu kommen eine Verherrlichung von allem Militärischen, eine hohe Affinität zu Waffen und eine weit verbreitete Vorliebe für Kampfsportarten. Verbunden damit ist oftmals eine generelle Bereitschaft, Konflikte – selbst in den eigenen Reihen – gewalttätig auszutragen. Rechtsextreme sind von äußerster Intoleranz geprägt, die sich in martialischem und einschüchterndem Auftreten, in Gewaltdrohungen bis hin zur Gewaltanwendung niederschlägt.[20]

Programmatisch verhaltener spiegelt sich dies auch in dem seit den 1990er Jahren von rechtsextremen Organisationen wie der NPD bzw. JN oder den sog. Freien Kameradschaften vertretenem Konzept der „National befreiten Zonen" wider. Der in diesem Zusammenhang geführte „Kampf um die Straße" soll zur Dominanz der eigenen „Kultur" im öffentlichen Raum führen. Ein erster Schritt auf dem Weg zu einer rechtsextremen Gesellschaft ist dabei die gewaltförmige Sanktion von normabweichendem Verhalten. Für bestimmte Personengruppen, die nicht in das rechte Weltbild passen (z.B. Migrant/innen, nicht-rechte Jugendliche oder Obdachlose), werden so rechtsextrem dominierte Räume zu Angstzonen, die sie in ihrem eigenen Interesse meiden müssen. In der stets kontrovers geführten Debatte über die Existenz solcher Angstzonen wird von Vertretern der Mehrheitsgesellschaft meist verkannt, dass die rechtsextreme Drohung keineswegs allen, sondern sehr selektiv „nur" ausgewählten Opfergruppen gilt und auch oft nur von diesen erlebt und erlitten wird. Gegenüber der Mehrheitsgesellschaft lässt die rechtsextreme Szene dagegen nichts unversucht, sich immer wieder als biedere Ordnungskraft (gegen Drogen oder Graffiti) zu präsentieren.

In ihrer Gewaltbereitschaft erfahren Rechtsextreme häufig stillschweigenden, zum Teil aber auch offenen Zuspruch von Teilen der Gesellschaft, die – wie oben ausgeführt – tendenziell ähnlich abwertende Einstellungen gegenüber den Opfergruppen rechter

19 Vgl. in historischer Perspektive Sven Reichardt, Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA, Köln 2002.

20 Vgl. z.B. Michael Kohlstruck, Rechtsextreme Jugendkultur und Gewalt, Berlin 2002, S. 79–84.

Gewalt besitzen. So gaben beispielsweise 24% der Ostdeutschen an, selbst zwar nie physische Gewalt anwenden zu wollen, aber es gut zu finden, dass diese Gewalt von anderen angewendet und „auf diese Weise für Ordnung gesorgt“ wird. Zudem wären 12% bereit, selbst Gewalt zur Durchsetzung eigener Interessen anzuwenden. 11% halten Gewalt für ein normales menschliches Verhalten.[21] Für die Gruppe von Ostdeutschen, die im Rahmen der Decker/Brähler-Studie ein geschlossen rechtsextremes Weltbild erkennen ließen, sind Akzeptanz von Gewalt und Gewaltanwendung entsprechend höher ausgefallen. Hier gaben jeweils deutlich über 30% an, bereit zu sein, selbst Gewalt anzuwenden, Gewaltanwendung zu befürworten und Gewalt als ganz normales menschliches Verhalten zu betrachten.[22]

3.2. Rechtsextreme Gewalt in Sachsen-Anhalt

Vor allem vom nur schwach organisierten Umfeld in der rechtsextremen Jugendkultur und den „Freien Kameradschaften“ geht eine steigende Zahl von Übergriffen gegen Migrant/innen, nichtrechte Jugendliche, Sozialschwache und Menschen mit Behinderungen aus. Dabei nimmt Sachsen-Anhalt gemessen an der Bevölkerungszahl im Jahr 2005 in der Statistik rechts motivierter Gewalttaten einen traurigen ersten Platz im bundesweiten Vergleich ein. Die Landesregierung hat für 2004 76 und für 2005 116 solcher Gewalttaten registriert.[23] Die Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt, die auch nicht zur Anzeige gebrachte Übergriffe erfasst, zählte im Jahr 2005 129 Fälle. Nach einem Abgleich beider Listen ergab sich eine Zahl von 170 Taten, die 2005 bekannt geworden sind. Es ist allerdings davon auszugehen, dass die Dunkelziffer von Gewalttaten mit fremdenfeindlichem und rechtsextremem Hintergrund wesentlicher höher ist.
Im Jahr 2006 hat sich der Anstieg von rechten Gewalttaten weiter fortgesetzt. So kamen der Mobilen Opferberatung in Sachsen-Anhalt für das erste Halbjahr 110 Fälle zur Kenntnis. Dabei stellten nicht-rechte Jugendliche die größte Opfergruppe dar, gefolgt von Migrantinnen und Migranten. Das ganze Ausmaß rechtsextremer Vorfälle und Aktivitäten lässt sich vor dem Hintergrund von 534 rechten und 20 antisemitischen Straftaten[24] im ersten Halbjahr 2006 nur erahnen.
Schwerpunktregionen rechter Gewalt waren bisher der Großraum Magdeburg, das südliche Harzgebiet und der Landkreis Köthen. Neben dieser mittlerweile fast alltäglichen Gewalt ereigneten sich 2006 in Sachsen-Anhalt zahlreiche Vorfälle in Verbindung mit rechtsextremen Übergriffen, die deutschlandweit großes Aufsehen erregten. Im Januar quälten fünf rechte Jugendliche einen zwölfjährigen Jungen mit dunkler Hautfarbe in Pömmelte über eine Stunde lang. Im Oktober demütigten an einer Sekundarschule in Parey rechtsextreme Jugendliche einen Mitschüler, indem sie ihn zwangen, mit einem antisemitischen Schild über den Pausenhof zu laufen. Im gleichen Monat überfielen Dutzende Rechte eine Geburtstagsfeier in Gerwisch und prügelten auf die Feiernden ein.

3.3. Rechtsextreme Strukturen und Aktivitäten in Sachsen-Anhalt

Der organisierte Rechtsextremismus bildet eine heterogene Szene, die von Vereinen, Jugendorganisationen über Parteien bis hin zu so genannten Freien Kameradschaften reicht. Aufgrund von vergangenen Wahlerfolgen spielt(e) in Sachsen-Anhalt auch die DVU eine Rolle. Derzeit sind die NPD mit ihrer Jugendorganisation JN sowie „Freie Kameradschaften“ die dominierenden Organisationen. Für bestimmte Aktivitäten können sie allerdings auf ein gewaltbereites subkulturelles Umfeld zurückgreifen, das allgemein nicht an langfristiger parteipolitischer Arbeit interessiert ist.

21 Vgl. Decker/Brähler, S. 69.
22 Vgl. ebd., S. 76.
23 Vgl. Verfassungsschutzberichte des Landes Sachsen-Anhalt 2004, S. 128, und 2005, S. 128.
24 Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei.PDS, KA 5/6078, Drucksache 5/212 vom 25.08.2006

3.3.1. Organisierter Rechtsextremismus

Innerhalb des Bereiches des organisierten Rechtsextremismus sind in Sachsen-Anhalt die Organisierungsformen *Wählerpartei* (NPD und DVU) sowie so genannte *Freie Kameradschaften* vorherrschend.

Die *Deutsche Volksunion* (DVU) des Münchener Verlegers Gerhard Frey sorgte mit ihrem erdrutschartigen Erfolg bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Jahr 1998 bundesweit für Aufsehen. Mit 12,9 Prozent der Wähler/innenstimmen erlangte sie damals das beste Wahlergebnis für eine rechtsextreme Partei in der Nachkriegszeit und zog mit 16 Abgeordneten in das Parlament ein. In der Legislaturperiode tat sich die DVU-Fraktion mehr durch interne Streitigkeiten und Abspaltungen als durch parlamentarische Arbeit hervor, weshalb sie zur folgenden Landtagswahl gar nicht erst antrat. Seit Jahren nimmt die Zahl ihrer Mitglieder ab. Der sachsen-anhaltische Landesverband ist laut Verfassungsschutz „in einem desolaten Zustand“[25] und verfügte im Jahr 2005 nur über 50 aktive Mitglieder. Eine lokale Verankerung existiert nicht, öffentliche Informationsveranstaltungen finden nicht statt.

Auf Grundlage des 2004 geschlossenen „Deutschlandpaktes“ mit der NPD und mit Hilfe des neugewählten Landesvorsitzenden Ingmar Knop aus Dessau strebte die DVU den Einzug in den Landtag bei den Wahlen im März 2006 an. Ihre Landesliste öffnete die Partei für Kandidaten der NPD. Wie schon acht Jahre zuvor überzog die Partei in einem kostenintensiven Wahlkampf das Land mit fremdenfeindlichen und rechtspopulistischen Plakaten. Öffentliche Wahlkampfveranstaltungen vermied die Partei, in den Medien meldete sich lediglich der Spitzenkandidat Knop zu Wort. Trotz einer Wahlbeteiligung von nur 44,4% gelang es der DVU nicht, das Potential an rechten Wähler/innenstimmen abzuschöpfen. Mit 3% der Stimmen scheiterte die Partei deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde. Nach der Wahlniederlage nahm die Bedeutung der DVU für den sachsen-anhaltischen Rechtsextremismus weiter ab.

Der Landesverband der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NPD) setzt derzeit alles daran, die nach der Landtagswahl entstandene Lücke innerhalb des parteipolitisch organisierten Rechtsextremismus zu füllen. Sie kündigte bereits an, bei den anstehenden Kommunalwahlen im April 2007 flächendeckend anzutreten. Ihre Mitgliederzahl wird vom Verfassungsschutz für das Jahr 2005 auf 250 Personen geschätzt. Nach eigenen Angaben verfügt die Partei in Sachsen-Anhalt über 11 Kreisverbände. Schwerpunkte bilden dabei die Harzregion und das südliche Sachsen-Anhalt. In mehreren Kreisparlamenten erlangte die Partei bei den letzten Kommunalwahlen 2004 insgesamt vier Sitze: im Burgenlandkreis (2), in Halle (1) und in Aschersleben-Staßfurt (1).

Derzeit erfährt die Partei durch ihre Erfolge in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin einen Aufschwung. Ihr gelingt es, einerseits politisches Unbehagen und fremdenfeindliche Ressentiments bei einem Teil der Wahlberechtigen aufzugreifen und in Stimmenzuwächse umzuwandeln. Andererseits besetzt die NPD offensiv Themen, die von den etablierten Parteien nicht mehr oder nach Meinung der Wähler/innen unzureichend bearbeitet werden. Exemplarisch sind hierfür soziale Gerechtigkeit, Hartz IV, Arbeitslosigkeit, aber auch die Abwanderung von besser gebildeten jungen Menschen zu nennen. Den demokratischen Parteien wird zunehmend die Problemlösungskompetenz für zentrale gesellschaftliche Herausforderungen abgesprochen. Während sich im Westen (75%) und im Osten (57%) noch immer Mehrheiten grundsätzlich zum demokratischen System der Bundesrepublik bekennen, ist die Zufriedenheit mit ihrem tatsächlichen Funktionieren vor allem in Ostdeutschland dramatisch eingebrochen (nur noch 27%, bei 51% im Westen).[26]

Die NPD öffnete sich bereits Mitte der 1990er Jahre für Aktivist/innen sog. Freier Kameradschaften, wodurch insbesondere in den neuen Bundesländern ab 1996 ein Mitgliederzuwachs zu verzeichnen war. Darüber hinaus unterstützen die „Freien Kräfte“ die Partei bei Aufmärschen, aber auch im Wahlkampf. Im Gegenzug öffnete die Partei ihre Listen für Kameradschaftsmitglieder, stellte ihnen ihre Infrastruktur zur Verfügung sowie den Schutz und die Rechte einer Partei bspw. bei Demonstrationsanmeldungen. Das Verhältnis beider Szenen ist nicht frei von Streitigkeiten, weshalb

25 Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt 2005, S. 43
26 Vgl. Decker/Brähler, S. 72.

der Grad der Zusammenarbeit regional unterschiedlich hoch ist.
Eine besondere Bedeutung als Bindeglied zwischen „Freien Kameradschaften“ und NPD kommt deren Jugendverband, *Junge Nationaldemokraten* (JN), zu. Dieser wurde in Sachsen-Anhalt offiziell im Sommer 2005 gegründet und seitdem von Philipp Valenta (früher JN Rheinland-Pfalz) angeführt. Im Dezember 2005 kam es in Wernigerode zur Gründung eines ersten regionalen „Stützpunktes“. Hervorgegangen ist dieser aus der „Wernigeröder Aktionsfront“ (WAF), einer der im Bundesland aktiven „Freien Kameradschaften“, welche sich einem vermehrten Verfolgungsdruck ausgesetzt sah. Weitere Stützpunkte gründeten sich im Jahr 2006 – die Mitglieder bestehen entweder direkt aus den „Freien Kräften“ oder halten engen Kontakt zu ihnen.
Seit Mitte der 1990er Jahre haben sich regional agierende rechtsextreme Jugendliche und junge Erwachsene mit hoher Gewaltbereitschaft und (zunächst) in Abgrenzung zu den rechten Parteistrukturen in so genannten *Freien Kameradschaften* organisiert.[27] Diese sind durch autonome und eher lose Strukturen sowie informelle Zusammenkünfte gekennzeichnet. Gleichwohl arbeiten sie überregional eng zusammen und haben mittlerweile eine teilweise gut funktionierende Kommunikationsstruktur entwickelt. Auch wenn für die meisten Kameradschaften seit Jahren ein fester Stamm an Mitgliedern zu beobachten ist, treten die Kameradschaften immer wieder unter wechselnden Namen und z.T. unterschiedlichen regionalen Strukturen auf. Inhaltlich unterscheiden sie sich beispielsweise von DVU und NPD vor allem in ihrem Fokus auf eine national-revolutionäre Programmatik in Verbindung mit einem völkischen Antikapitalismus. Mit diesen Inhalten und einer stark aktionistisch geprägten Arbeitsweise erreichen sie punktuell eine hohe Mobilisierungsfähigkeit und Ausstrahlungskraft auf nicht-organisierte rechtsextreme und rechtsorientierte Jugendliche. In Sachsen-Anhalt traten im letzten und in diesem Jahr zehn Kameradschaften auf. Insgesamt lassen sich dem engen Kameradschaftsumfeld etwa 300 Personen zuordnen, die ihrerseits in einem Umfeld von weiteren etwa 600 Personen agieren können. Aktivist/innen der Kameradschaften treten dabei immer wieder mit Straftaten in Erscheinung.[28] Mittlerweile haben sich die Kameradschaften aus taktischen Erwägungen heraus den Strukturen der NPD, insbesondere der JN, angenähert.[29]

3.3.2. Jugendkulturell geprägter Rechtsextremismus

Die politische Sozialisation von Jugendlichen erfolgt in der Regel nicht in erster Linie über kognitive Angebote, sondern ist stark im emotional-lebensweltlichen Bereich angesiedelt. Hier setzen rechtsextreme Akteure strategisch an. Besonderes Augenmerk liegt deshalb bei den „Freien Kameradschaften“ (und vermehrt auch bei NPD und JN) neben der Schulung eigener Kader auf der Schaffung einer rechtsextremen Erlebniswelt für politisch noch nicht so gefestigte Kinder und Jugendliche. Der jugendkulturelle Rechtsextremismus unterbreitet jungen Menschen, gerade jenen

27 Anfang der 1990er Jahre erschütterten rassistisch motivierte Ausschreitungen, u. a. in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen die Öffentlichkeit. Die pogromartigen Zustände schockierten ebenso wie die applaudierenden Zuschauer/innen. Die Bundes- und Länderregierungen reagierten zwischen 1992 und 2000 mit insgesamt 17 Partei- und Vereinigungsverboten gegen rechtsextreme Organisationen. Verstärkt setzte die rechtsextremistische Szene in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ein neues Konzept dagegen, das sie „führungsloser Widerstand“ oder auch „freie Kameradschaften“ nannten. Vereinigungen könnten nur dann verboten werden, so die Überlegung von führenden Szene-Strategen wie den Hamburgern Thomas „Steiner“ Wulff und Christian Worch, wenn sie auch vereinsähnliche Merkmale aufweisen. So galt es Strukturen zu schaffen, die nicht oder nur sehr schwer von außen als Zusammenschluss erkennbar sind. Gleichzeitig kritisierten militante Neonazis die damaligen rechtsextremen Parteien als bürgerliche Organisationen, die ihren Schwerpunkt zu sehr auf die Teilnahme an Wahlen beschränkten.

28 Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt 2005, S. 5ff; Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei.PDS, KA 5/6083, Drucksache 5/198 vom 18.08.2006

29 Dies zeigt sich vor allem in der Gründung regionaler JN-Verbände, sog. Stützpunkte (vgl. Abschnitt zur JN), deren Mitglieder aus dem Kameradschaftsspektrum stammen. Zudem gibt es auch personelle Überschneidungen mit NPD-Parteistrukturen. So ist beispielsweise Enrico Marx, Musiklabelbetreiber und Kameradschaftsführer der „Ostara“ auch Leiter des JN-Stützpunktes Sangerhausen. Seine Frau, Judith Rothe, hat als Direktkandidatin der NPD an den Bundestagswahlen 2005 teilgenommen. Außerdem ist sie Gründungsmitglied und stellvertretende Vorsitzende des im September 2006 auf dem Anwesen von Marx in Sottershausen gegründeten „Rings Nationaler Frauen“, der NPD-Frauenorganisation.

ohne politisch verfestigte Weltbilder und Einstellungen, ein erlebnisorientiertes Angebot, das zugleich den inneren Zusammenhalt der rechtsextremen Szene fördert. So wird durch Konzerte, kulturelle und sportliche Veranstaltungen für Heranwachsende ein niedrigschwelliges Angebot geschaffen, um sie langsam an die rechtsextreme Ideologie heranzuführen und in ihre Organisationen zu integrieren. Musik spielt hierbei eine herausragende Rolle. Tonträger von so genannten Rechtsrock-Bands, die zum Teil auf dem Index stehen, haben in vielen Regionen einen ebenso hohen Verbreitungsgrad wie Alben von bekannten Popgrößen. Mittlerweile finden sich Versatzstücke von rechten Ideologien und Einstellungen in einer Vielzahl von jugendlichen Subkulturen, unter ihnen auch zahlreiche ursprünglich nicht-rechte, wie z.B. Hip-Hop, Techno oder Metal. Gleichzeitig werden von rechtsextremen Organisationen auch ganz bewusst Genre- und Subkulturgrenzen überschritten, um die Ausbreitung ihrer Ideologie voranzutreiben.[30]

Im Sommer 2004 erfuhr die Öffentlichkeit vom „Projekt Schulhof-CD". Dabei planten Kader aus dem Kreis der „Freien Kameradschaften" die Verteilung von 50.000 Musik-CDs mit rechtem Liedgut vor Schulen und Jugendzentren. Aufgrund einer Verbotsverfügung kamen die Tonträger nur begrenzt in den Umlauf. Die NPD griff die Idee zur Landtagswahl in Sachsen im selben Jahr wieder auf und verteilte 25.000 CDs im Rahmen ihrer „Jungwähleroffensive" kostenlos an Jugendliche und junge Erwachsene. Ein beigefügter Comic sollte zudem zentrale Programmpunkte der rechtsextremen Partei den jungen Hörer/innen näher bringen. Die Aktion wurde 2005 u.a. bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sowie bei den Bundestagswahlen wiederholt. Die DVU stellte vor den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt ein ähnliches Angebot mit dem Titel „Stolz und Frei!" zum kostenlosen Download auf ihre Internetseite.

Im Sommer 2006 versuchte der Landesverband der Jungen Nationaldemokraten (JN) erstmals, ein an den Bedürfnissen Jugendlicher orientiertes Freizeitprogramm für die Sommerferien auf die Beine zu stellen. Wanderungen zu historisch bedeutsamen Orten, Filmvorführungen, Fußballspiele, Sonnenwendfeiern und Vorträge sollten die Teilnehmer/innen an die rechte Ideologie heranführen und das Gemeinschaftsgefühl stärken. Entsprechende Angebote wurden über Internet und über eine Ferienzeitung beworben. Allerdings nahm vermutlich nur das eigene Szeneumfeld an diesem Sommerprogramm teil.

Mit ihren Freizeitaktivitäten stoßen die Rechtsextremen in eine Lücke, die ein oftmals reduziertes öffentliches Angebot oder das Desinteresse anderer freier Träger hinterlassen hat. Über ihre Erfolge wissen wir zwar insgesamt wenig, aber einige spektakuläre Ereignisse des Sommers 2006 lassen es ratsam erscheinen, sie nicht zu unterschätzen.

Für bundesweites Aufsehen sorgte z.B. eine Sonnenwendfeier in Pretzien bei Magdeburg, bei der in Anwesenheit von 70 Einwohner/innen einschließlich des Bürgermeisters das „Tagebuch der Anne Frank" sowie eine US-Flagge verbrannt wurden. Organisiert wurde die Sonnenwendfeier vom „Heimatbund Ostelbien", in dem neben einem ehemaligen NPD-Mitglied weitere Rechtsextreme, aber auch der Bürgermeister vertreten waren. In den nachfolgenden Diskussionen zeigte sich, wie weit die Rechtsextremen in die Dorfgemeinschaft integriert waren und welche Anerkennung ihre Beiträge zum kulturellen und sozialen Leben in der Gemeinde erfahren haben.

3.3.3. Kampagnen des organisierten Rechtsextremismus

Die Strömungen des Rechtsextremismus in Deutschland sind äußerst diffus und vielgestaltig. Je nach Ausrichtung und Organisation vertreten sie unterschiedliche Aktionsformen, die sich grundsätzlich jedoch an den gleichen Themenfeldern orientieren. Kampagnen und Strategien der Rechtsextremen speisen sich dabei aus ihrer gemeinsamen Gegnerschaft gegen das „System", d.h. der derzeitigen demokratischen und pluralistischen Gesellschaftsordnung. Sie gehen von einer rassisch oder ethnisch bedingten Ungleichheit der Menschen und der Überlegenheit der „weißen Rasse" aus, die es zu verteidigen gelte. Der Einzelne habe sich dem Wohle der ethnisch definierten Gemeinschaft

30 Mittlerweile hat sich im Bundesland ein Netzwerk aus etwa zwei Dutzend rechtsextremen Szeneläden, Onlineversänden und Musiklabels etabliert. Diese Struktur sorgt auf der einen Seite für eine flächendeckende Versorgung Jugendlicher mit Musik, Kleidungsstücken und Magazinen und sichert auf der anderen Seite die Betreiber/innen, aber auch die von ihnen unterstützten Organisationen, finanziell ab.

unterzuordnen. Trotz einiger intellektueller Absetzversuche – etwa im Umkreis der „Jungen Freiheit“ oder der großspurig verkündeten „Dresdner Schule“ – ist der organisierte Rechtsextremismus in seinen Denk- und Symbolwelten stärker denn je auf den historischen Nationalsozialismus fixiert. Wenn gelegentlich von einem „modernen“ Rechtsextremismus die Rede ist, kann dies in Deutschland mit einiger Berechtigung nur für seine jugendkulturelle Offenheit behauptet werden. Die obsessive Befangenheit mit dem „Dritten Reich“ mit all den nachgelagerten revisionistischen Anstrengungen und das immer neue Recyceln von NS-Symbolen verweisen nicht nur auf deren anhaltenden Provokationswert, sondern machen zudem deutlich, dass es den Rechtsextremen hierzulande nicht gelungen ist, aus dem Schatten der Vergangenheit herauszutreten – wenn es überhaupt versucht wurde.

Grundsätzlich lassen sich die Kampagnen und Aktionen der Rechtsextremen, insbesondere was neonazistische Kameradschaften, JN und NPD betrifft, in eine Strategie einordnen, die sich dem „Kampf um die Straße“ und dem „Kampf um die Köpfe“ verschrieben hat. Vor allem durch die stetige Präsenz rechter Gruppen und ihrer Symbolik soll der Rechtsextremismus möglichst umfassend den sozialen Raum durchdringen und ein Teil der Alltagskultur werden – auch unabhängig von vor Ort existierenden organisierten Strukturen. Letztlich zielen die Aktionen und Kampagnen über Provokations-, Räumungs- und Raumgewinne auf die Anerkennung neonazistischer Organisationen als Teil der gesellschaftlichen Normalität.[31]

Der organisierte Rechtsextremismus und sein Umfeld agieren heute wesentlich als soziale Bewegung und beschränken sich nicht auf „ruhige“ Partei- und Organisationsarbeit. Öffentliche Aktionen wie Demonstrationen, Infostände, Mahnwachen und Flugblattverteilungen dienen den Rechtsextremen im Rahmen des „Kampfs um die Straße“ zur Vermittlung ihrer politischen Zielsetzungen und Inhalte in der Bevölkerung. Dabei greifen sie vor allem jene Themen auf, die im gesellschaftlichen Diskurs breit und oftmals emotional debattiert werden oder mit denen sich die rechtsextreme Ideologie unter Beifall transportieren lässt. So entwickelte sich die soziale Frage seit Ende der 1990er Jahre zu einem zentralen Thema für die gesamte extreme Rechte. Dabei werden existierende Konflikte in der Gesellschaft politisch-ideologisch aufgeladen. Im Sommer 2004 nahmen in zahlreichen Städten im Land Rechtsextreme an den so genannten Montagsdemonstrationen gegen die Hartz IV-Gesetzgebung teil oder meldeten diese selbst an. Im vergangenen Jahr schlossen sich „Freie Kameradschaften“ aus Sachsen-Anhalt und angrenzenden Bundesländern für eine „Antikap-Kampagne“ zusammen. Einer vermeintlichen „Globalisierungsdiktatur“ wird in diesem Zusammenhang eine raumorientierte Volkswirtschaft nach dem Vorbild des Nationalsozialismus entgegengestellt. Rechtsextreme präsentieren sich hier als Sachverwalter der Interessen des „kleinen Mannes“ gegenüber den politischen Eliten, die als übermächtig und von den Interessen des „Volkes“ entfernt gebrandmarkt werden. Der von ihnen geforderte bessere Zugang zu zentralen Ressourcen wie Arbeit, Bildung und Sozialleistungen soll an die ethnische Zugehörigkeit gebunden werden, d.h. allein „Deutschen“ vorbehalten sein.

Im Sommer 2006 veranstalteten die Jungen Nationaldemokraten und „Freie Nationalisten“ zahlreiche Mahnwachen zum Krieg in Nahost (u.a. in Wernigerode, Halle und Magdeburg). Damit versuchten sie, an Forderungen der Friedensbewegung anzuschließen, um leichter ihre antisemitische Ideologie verbreiten zu können.

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges sind revisionistische Themen, die Verbrechen des Nationalsozialismus „verkleinern“ und relativieren sollen, zentral für den Kampagnenhaushalt der extremen Rechten, nicht nur in Sachsen-Anhalt. Dazu gehört nicht zuletzt die Relativierung der deutschen Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg. Ein entsprechender Geschichtsrevisionismus ist für sie unabdingbar, um uneingeschränkt positiv auf den Nationalsozialismus Bezug nehmen zu können.

Im Jahr 2006 konnten beispielsweise Mitglieder der örtlichen Kameradschaft an der städtischen Gedenkveranstaltung zur Bombardierung der Stadt Magdeburg am 16. Januar 1945 unwidersprochen teilnehmen – ein Jahr später wurde dies erfolgreich unterbunden und der abgelegte Kranz entfernt. Zusätzlich veran-

31 Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Sozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen Rechtsextremismus. Zum Problem unzureichender politischer Gegenöffentlichkeit in Städten und Kommunen, in: Peter E. Kalb u. a. (Hg.), Rechtsextremistische Jugendliche – was tun?, Weinheim und Basel 1999, S. 47–79, S. 68ff.

stalteten sie eigene Aufmärsche mit je nach Breite der Mobilisierung 200 bis 1000 Teilnehmer/innen. Flugblätter der Rechtsextremen, die vor dem Jahrestag in Briefkästen gesteckt wurden, übernahmen den Titel einer Ausstellung im Kulturhistorischen Museum zum 50. Jahrestag der Bombardierung.
In ihrer ideologischen und taktischen Bildungsarbeit („Kampf um die Köpfe") propagiert die NPD nach dem Scheitern des Verbotsantrags verstärkt eine „Wortergreifungsstrategie". An tagespolitische Diskurse anknüpfend, versuchen NPD- und JN-Kader sowie Angehörige der Kameradschaften ganz gezielt öffentliche Veranstaltungen und Feierlichkeiten durch martialisches Auftreten und/oder umfangreiche Wortbeiträge zu Propagandaveranstaltungen für rechtsextreme Ideologien umzufunktionieren und deren Verlauf zu bestimmen. Auch in Sachsen-Anhalt kam es in den zurückliegenden Monaten zu zahlreichen Störungen von Veranstaltungen durch Rechtsextreme. Oftmals wurde ihnen aus Unwissenheit oder Unsicherheit der Zugang gewährt. Somit sind sie als gleichberechtigte Partner im demokratischen Diskussionsprozess akzeptiert worden.

4. Was tun gegen Rechtsextremismus?

Der erneute Aufschwung des Rechtsextremismus verlangt grundlegende gesellschaftspolitische Antworten, über die wir gegenwärtig nur begrenzt verfügen. Eine rechtlich umfangreich ausgestaltete repressive Praxis (Organisationsverbote, Propagandadelikte etc.) und polizeiliche Prävention scheinen in ihren Wirkungen ebenso begrenzt, wie sozialarbeiterische Versuche, für gefährdete Jugendliche demokratische Alternativen aufzutun, oder durch die Förderung zivilgesellschaftlicher Alternativen der rechtsextremen Szene das Wasser abzugraben, wie dies die Bundesprogramme seit 2001 anstrebten.
Mit Blick auf die Ergebnisse der Einstellungsforschung greifen viele Gegenmaßnahmen zu kurz, weil sie die Verfassung der „Mitte der Gesellschaft" vernachlässigen und sich ausschließlich auf den sichtbaren Rechtsextremismus konzentrieren. Es geht perspektivisch um gesellschaftspolitische Reformen, die längerfristig dazu beitragen können, die Nachfrage nach den rechtsextremen Angeboten zu senken. Dies enthebt freilich nicht von kurz- und mittelfristigen Maßnahmen und Aktionen, von denen weiter unten die Rede sein wird. Zunächst aber einige Anregungen für eine gesellschaftliche Reformdebatte, die an die Wurzeln des Rechtsextremismus heranreicht:

(1) **Bereits auf die frühen Jahre kommt es an.** Auf individueller Ebene verweist die Karriere der rechtsextremen Szene auf schwere Sozialisationsdefizite. Aus zahlreichen Täterstudien ist bekannt, dass bei ihnen häufig massive Entwicklungsstörungen vorliegen: ein Mangel an sozialer Kompetenz, an Empathiefähigkeit, an moralischem Urteilsvermögen – an Fähigkeiten also, die teilweise sehr früh erworben und in der Pubertät weiterentwickelt werden oder eben auch nicht. Auch neuere Einstellungsuntersuchungen verdeutlichen das Gewicht früher Sozialisationserfahrungen für die individuelle Bereitschaft, in die rechtsextreme Gedankenwelt einzutauchen. Noch immer ist es der autoritäre oder in der Erziehung abwesende Vater, der eine erhebliche Rolle spielt, wenn nach dem erinnerten Erziehungsverhalten gefragt wird. Demokratischer Erziehungsstil, emotionale Geborgenheit und ein positives Selbstwertgefühl sind eine wichtige Mitgift der frühen Jahre, die gegen Rechtsextremismus immunisieren hilft. Die in jüngster Zeit aus anderen Gründen gesteigerte Aufmerksamkeit für vorschulische Erziehungs- und Bildungsprozesse, seien sie nun öffentlich oder in Familien, gilt es um diese Dimensionen einer demokratischen und sozial kompetent machenden Sozialisationspraxis zu erweitern.

(2) **Bildung, Bildung, Bildung!** Mehr Demokratie und Beteiligung wagen, lautet auch die Überschrift für eine weitgehend vernachlässigte Dimension der zuletzt von den PISA-Studien ausgelösten Schulreformdebatte. Aktuelle Untersuchungen zur Schulkultur zeigen, wie unterschiedlich unsere Schulen, auch quer zu den Schultypen, in dieser Dimension sind[32]. Die Umrisse einer demokratischen Schulkultur sind bekannt; die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern Eltern an allen wichtigen Angelegenheiten ist keine Fiktion; Menschenrechte, Vielfalt und Toleranz können im Schulalltag ebenso erfahren und gelebt werden, wie die Fähigkeit zur Moderation und gewaltfreien Konfliktlösung. Dies haben die vielen Schulprogramme und Modellschulen deutlich gemacht. Sie können besichtigt werden. Dennoch sind sie bei weitem nicht die Regel. Ihre Erfahrungen drohen an den Rand der aktuellen Schulreformdebatten gedrängt zu werden, die sich sehr einseitig auf das kognitive Lernen konzentrieren. Dabei sind demokratische Schulen auch in dieser Dimension besser, denn sie eröffnen dem selbstorganisierten Lernen größere Chancen – ein Lernen,

32 Besonders instruktiv ist ein differenzierter schulkultureller Ländervergleich von Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt – vgl. Werner Helsper u.a., Unpolitische Jugend? Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Anerkennung und Politik, Wiesbaden 2006.

das selbst im PISA-Kontext als zukunftsfähig angesehen wird. Negative Bildungskarrieren und frühe Selektionserfahrungen sind eine wichtige Zuarbeit für die spätere Übernahme rechtsextremer Orientierungen. Unser Bildungswesen ist in dieser Dimension international „erfolgreicher" als dies der Fall sein dürfte. Gefragt sind stattdessen, dies zeigen nicht nur die Länder mit erfolgreicheren Schulmodellen, verstärkte Inklusionsanstrengungen, um das heimliche sozialdarwinistische Curriculum zu überwinden. In demokratischen und integrierenden Schulkulturen groß gewordene Schülerinnen und Schüler haben vermutlich keinen gesteigerten Bedarf an Führern und Unterordnung.

(3) **Bürgerschaftliches Engagement und demokratische Zivilgesellschaft.** Rechtsextremismus stellt die Frage nach der Verfassung der Zivilgesellschaft. Er hat vor allem dort eine Chance, wo Zivilgesellschaften schwach sind und seine Angebote als Bereicherung erfahren werden. Es ist kein Zufall, dass sich rechtsextreme Kader entsprechende Regionen in den alten und neuen Bundesländern aussuchen. Zivilgesellschaft lässt sich nicht herstellen wie eine Brücke. Aber die Politik kann die Rahmenbedingungen verbessern, das Engagement der Bürgerinnen und Bürger fördern und anerkennen. Zudem kommt es darauf an, demokratische Orientierungen in zivilgesellschaftlichen Organisationen (Vereinen, Verbänden, Stiftungen, Initiativen etc.) zu stärken. Dies gilt z.B. für Sportvereine, die freiwillige Feuerwehr wie für kirchliche Jugendgruppen. Sie müssen im Alltag jene Vielfalt und Toleranz leben, gegen die rechtsextreme Ideologen aufbegehren. Dann können sich die Grundannahmen der pragmatischen Demokratietradition bestätigen: in diesen alltäglichen Institutionen erlernen wir demokratische Fähigkeiten, wie z.B. uns mit den Interessen anderer auseinander zu setzen, Vielfalt anzuerkennen und Kompromisse zu finden. In den vielfältigen Debatten über die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements kommt diese demokratiepolitische Dimension meist zu kurz.

(4) **Bürgerkommune und mehr.** Das Unbehagen an der praktizierten repräsentativen Demokratie ist eine Hauptquelle für rechtsextreme Mobilisierungserfolge. Dieses Gefühl, „auf mich kommt es ohnehin nicht an" bzw. „wir werden einfach nicht gefragt", lässt sich nicht polit-pädagogisch wegdiskutieren. Es braucht Gegenerfahrungen. Die Erfahrung, gefragt zu werden, mitentscheiden zu können, und dass diese Entscheidungen auch umgesetzt werden. Kurz: es braucht erfolgreiche politische Beteiligung. Im stark repräsentativ zugeschnittenen politischen System der Bundesrepublik ist diese Erfahrung nicht leicht zu bekommen. Seit Jahrzehnten ist ein Reformbedarf in Richtung Demokratisierung liberaler Demokratien aufgelaufen – nicht nur in der Bundesrepublik. Viele Reformmöglichkeiten sind durchgespielt und sie existieren bereits in Spurenelementen. Die Wahrscheinlichkeit, als Bürgerin oder Bürger in Sachsen-Anhalt an einem lokalen Bürgerentscheid mitzuwirken, liegt, so haben Forscher errechnet, bei einem Mal in eintausend Jahren. Dafür sorgen u.a. restriktive Quoren und Themenkataloge. Warum nicht jede Wahl, wie etwa in Kalifornien, mit einer Liste von wichtigen Sachentscheidungen verknüpfen? Ein anderes Beispiel sind kommunale Bürgerhaushalte. Warum sollen nur in einigen Dutzend Gemeinden in Deutschland und in einigen tausend Gemeinden Europas Bürgerinnen und Bürger das Recht haben, die finanziellen Schwerpunkte ihrer Gemeinde zu diskutieren und zu beeinflussen? Im Reformkonzept „Bürgerkommune", das von mehreren Dutzend Gemeinden in der Bundesrepublik praktisch entwickelt worden ist, sind eine Fülle solcher Beteiligungs- und Mitentscheidungsformen diskutiert und erprobt worden. Keine davon löst alle Probleme. Aber gemeinsam ist ihnen, dass „normale" Bürgerinnen und Bürger entlang ihrer alltäglichen Belange mitwirken können – und hoffentlich die inzwischen knapp gewordene Erfahrung machen, dass es auf sie ankommt. Dass dieser Prozess nicht auf der kommunalen Ebene stehen bleiben kann, ergibt sich schon aus der föderalen Logik. Dies bedeutet u.a., dass die Politik des Landes, des Bundes, der EU immer erneut darauf zu überprüfen ist, wie weit sie diese demokratiepolitisch so wichtigen kommunalen Initiativen unterstützen.

(5) **Den institutionellen Rassismus überwinden, für eine bessere Integrationspolitik eintreten.** Fremdenfeindlichkeit

ist zur zentralen Schneise rechtsextremer Mobilisierungen geworden. Wären die Ausländer weg, alles wäre gut – so verkündet die rechtsextreme Propaganda. Dass dies gerade in ostdeutschen Ländern schon angesichts eines Bevölkerungsanteils von weniger als zwei Prozent selbst mit einem Tunnelblick auf den Arbeitsmarkt derber Unsinn ist, versteht sich von selbst. Dennoch wird diesen Vorurteilen auch durch die Politik der Parteien der Mitte erheblich zugearbeitet. Obwohl wir auf dem Wege zu negativen Wanderungsbilanzen sind, d.h. die Zahl der Auswanderer droht die der Zuwanderer zu übersteigen, werden Migrantinnen und Migranten in erster Linie als „Problem" gesehen und behandelt – und wenn sie aus muslimisch geprägten Ländern kommen, noch zusätzlich mit Terrorverdacht konfrontiert. Noch immer sind es wenige Kommunen, die Zuwanderung als Chance und Bereicherung verstehen und die Zugewanderten auch so behandeln. Dies hat Konsequenzen für deren Unterbringung, ihre Bildungs- und Arbeitsmarktchancen, ihr bürgerschaftliches Engagement, aber auch für die Arbeitsweise von Ausländerbehörden. Eine gelungene Integrationspolitik ist vermutlich eines der wichtigsten Gegengifte gegen den „modernen" Rechtsextremismus.

(6) **Soziale Ungleichheiten reduzieren, an der Norm der gleichwertigen Lebensbedingungen und gleichen Lebenschancen festhalten.** Auch wenn Rechtsextremismus in allen Bevölkerungsschichten zu finden ist, trifft er bei sozial Benachteiligten und denen, die sich so fühlen oder Angst davor haben, auf deutlich stärkere Resonanz. Jede Gesellschaftspolitik, die solche Ungleichheiten fördert, sei es nun durch Arbeitsmarktreformen, Bildungspolitik oder Raumordnungspläne, um nur einige wenige zu nennen, fördert auf subjektiver Ebene jene „negativen Anerkennungsbilanzen", die den Stoff bieten, der für rechtsextreme Angebote empfänglich macht. Die falsche Solidarität der „Volksgemeinschaft" wird nicht durch die Fröste des „freien Markts" entzaubert werden können, sondern nur durch demokratisch begründete und erneuerte Solidaritäten.

(7) **Transnationale Verantwortung und politische Gestaltungsfähigkeit aufbauen.** Globalisierungsängste sind eine wichtige Voraussetzung für die Attraktivität des rechtsextremen Gegenbilds der geschlossenen nationalen Volkswirtschaft. Es fällt sicherlich leicht, den gerade für die exportorientierte und exportabhängige Bundesrepublik selbstdestruktiven Charakter solcher Modelle zu betonen. Trotzdem verweisen diese Ängste auf ungelöste Probleme. Noch der letzte Unsinn wird heute mit dem Verweis auf die globale Konkurrenzfähigkeit des „Standorts" gerechtfertigt. Die bloße Beschwörung der Segnungen einer marktradikalen Globalisierung blamiert sich angesichts gegenläufiger Alltagserfahrungen. An überzeugenden Formen einer demokratischen Kontrolle der globalisierten Ökonomie fehlt es allenthalben. Wenn schon keine Antworten parat liegen, wäre es schon zur Angstbearbeitung hilfreich, diese Debatte verstärkt zu führen. Das wirklich reaktionäre Ideal der Rechtsextremen hätte dann jedenfalls weniger Strahlkraft.

Was wie ein Wunschkatalog wirken mag, den kleine Kinder zuweilen vor Weihnachten aufschreiben, ohne die Möglichkeiten von Eltern und Verwandten im Blick zu haben, soll ein Versuch sein, Handlungsdimensionen zu benennen, die zumindest an einige der Ursachen des aktuellen Rechtsextremismus heranreichen.

5. Bisherige Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt

Die bisherige Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist auf der Ebene der Landespolitik durch ein hohes Maß an Diskontinuität geprägt. Engagierten Ansätzen, die das Problem ernst genommen haben, folgte eine Phase geringer, oft nur symbolischer Aktivitäten. Nach den Ereignissen des Sommers 2006, die Sachsen-Anhalt einmal mehr zu trauriger überregionaler Aufmerksamkeit verhalfen, scheint die CDU/SPD-geführte Landesregierung den Rechtsextremismus als ein zentrales Zukunftsproblem des Landes ernster zu nehmen und als Herausforderung für ein stärkeres Engagement zu begreifen – ohne allerdings daraus konzeptionell und im alltäglichen Regierungshandeln angemessene Konsequenzen zu ziehen.

Vor dem Hintergrund des überraschenden Einzugs der DVU in den Landtag von Sachsen-Anhalt bei den Wahlen von 1998 verabschiedete die damalige Landesregierung unter Ministerpräsident Reinhard Höppner am 2. März 1999 ein Handlungskonzept „Für ein demokratisches und weltoffenen Sachsen-Anhalt". In zehn programmatischen Punkten wurden verschiedene Handlungsstrategien zur Stärkung von Toleranz, Demokratie und Weltoffenheit dargelegt. Zum einen sollte bereits zu diesem Zeitpunkt ein landesweites Netzwerk „Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt", bestehend aus möglichst verschiedenen zivilgesellschaftlichen Initiativen entwickelt werden. Außerdem wurden zahlreiche integrative und soziale Maßnahmen (Informationskampagne „Wirtschaft in Sachsen-Anhalt – Ausländer schaffen Arbeitsplätze", Förderung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen oder das Konzept „Soziale Stadt") in Angriff genommen. Darüber hinaus zielte das Handlungspapier der Landesregierung insbesondere auf die Stärkung zivilgesellschaftlicher Kompetenzen der Bürger/innen und eine breitangelegte Förderung sozialer und interkultureller Kompetenzen vor allem junger Menschen.[33]

In diesem Zusammenhang unterstützte beispielsweise die Landesregierung den neugegründeten Verein „Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt" als freien Träger der politischen Bildungsarbeit und der Beratung und Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Projekten. Hierfür wurden in den Jahren 2000 und 2001 vier regionale Büros eingerichtet. Die Arbeit des im Aufbau befindlichen Netzwerks von „Miteinander" wurde dabei von der Landesregierung institutionell zunächst mit *einer Million DM* jährlich gefördert.

Nach der Bildung einer neuen Landesregierung unter Ministerpräsident Wolfgang Böhmer nach den Wahlen 2002 wurde das bisherige Handlungskonzept des Landes weitestgehend zugunsten einer verwaltungsinternen und rein projektbezogenen Unterstützung verschiedener Initiativen und Bildungsträger durch die Landeszentrale für politische Bildung aufgegeben.

Dabei erfolgte die Unterstützung von Initiativen zur Stärkung der demokratischen Kultur und zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus vor allem im Zusammenhang mit Projektförderungen des Bundesprogramms „CIVITAS"[34] oder durch die ähnlich gelagerten Bundesprogramme „Xenos" und „entimon". Unterstützt wurde die Entwicklung von bürgerschaftlichen Projekten und Initiativen vor Ort, deren Selbstverständnis auf den Werten Pluralität, Humanität, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung basiert.

Im Rahmen von „CIVITAS" wurden zwischen 2001 und 2006 in Sachsen-Anhalt langfristig angelegte Strukturprojekte mit folgenden Arbeitsschwerpunkten gefördert:

- Der Vernetzung von lokalen Akteuren auf regionaler Ebene wird eine hohe Bedeutung in der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus beigemessen. Das regionale Engagement der *vier Netzwerkstellen*

33 Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.), Für ein demokratisches und weltoffenes Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1999.

34 Das Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" der Bundesregierung bestand aus folgenden drei Teilprogrammen: (1) „entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus", (2) „CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern" und (3) „Xenos – Leben und Arbeit in Vielfalt".

zielte und zielt deshalb insbesondere auf die Entwicklung fester Kooperationsbeziehungen im Gemeinwesen und einer gemeinsamen Handlungsstrategie ab, die darin zu sehen ist, sich für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu engagieren.

Bei der Arbeit der *fünf Opferberatungsstellen* stand und steht die Opferperspektive, d.h. die Wahrnehmung der von rechten Straf- und Gewalttaten Betroffenen und ihrer Bedürfnisse im Vordergrund. Darüber hinaus wird in gezielten Maßnahmen die Sachkompetenz der Betroffenengruppe genutzt. In Beratungsgesprächen werden gemeinsam mit lokalen Partnern Strategien entwickelt, um die Opfergruppe langfristig gesellschaftlich zu integrieren und diskriminierenden Erfahrungen im Alltag zu begegnen.

In Absprache mit dem Bund wurden die fünf Opferberatungsstellen und eine Netzwerkstelle vom Land in Form einer Fehlbedarfsfinanzierung von bis zu 35% bis Ende 2006 unterstützt.
Mit dem Auslaufen der alten Bundesprogramme 2006 ist die Fortführung der Arbeit o.g. Stellen bedroht, da die neuen Programme der Bundesregierung die Arbeit der bisher aufgebauten Strukturen nicht weiter unterstützen wollen. Da auch das Land Sachsen-Anhalt die wegfallenden Gelder nicht kompensieren will, besteht die Gefahr einer massiven Schwächung bestehender zivilgesellschaftlicher Strukturen. Die in langjähriger Arbeit erworbenen Kompetenzen der Netzwerkstellen mit ihrer anerkannten Bildungs- und Beratungsarbeit könnten dem Land verloren gehen, ebenso wie die umfassende Betreuung und Begleitung der steigenden Zahl von Opfern rechter Gewalt.
Aufgrund der Proteste der Initiativen aber auch der aktuellen Ereignislage sah sich die Bundesregierung gezwungen, die bis Ende 2006 durch „CIVITAS“ geförderten Netzwerk- und Opferberatungsstellen bis Mitte 2007 weiterzufinanzieren. Im Anschluss daran sollen diese Projekte mit zusätzlichen 5 Millionen Euro jährlich unterstützt werden – jedoch ist die Mittelvergabe und die künftige Förderstruktur noch nicht abschließend geklärt.
Auch die neu in Angriff genommenen Maßnahmen der Landesregierung wie ein bisher de facto arbeitsunfähiges und wirkungsloses „Netzwerk für Demokratie und Toleranz“ und ein akutes, eher symbolisch angelegtes Sofortprogramm unter dem Titel „Hingucken! – Für ein demokratisches und tolerantes Sachsen-Anhalt“ mit einem Gesamtbudget von gerade einmal 100.000 Euro können das drohende Sterben erfolgreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen im Kampf gegen Rechts nicht kompensieren.

6. Maßnahmen für eine starke Zivilgesellschaft

6.1. Stärkung zivilgesellschaftlicher Initiativen

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist Aufgabe aller gesellschaftlichen Akteure – Politik muss jedoch den Rahmen dazu setzen und entsprechende Initiativen fördern. In den zurückliegenden Jahren haben sich im Land zahlreiche Initiativen dem weiteren Vordringen des Rechtsextremismus in unserem Bundesland entgegengestellt und sich tatkräftig für die Ausgestaltung einer lebendigen Demokratie eingesetzt. Einen Beitrag, diese Arbeit für ein friedliches Miteinander und den Schutz von Minderheiten auf solide Füße zu stellen, leistete dabei das Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ des Bundes seit dem Jahr 2001. Zum Ende 2006 ist das Programm planmäßig ausgelaufen. Das Land muss die Finanzierung von gewachsenen Strukturen und bewährten zivilgesellschaftlichen Modellen daher langfristig absichern und darüber hinaus bei der Bildung neuer Netze unterstützend wirken. Denn gerade der Ansatz, zivilgesellschaftliche Strukturen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und zur Stärkung der Demokratie auszubauen, erwies sich in den zurückliegenden Jahren als vielversprechend.

6.2. Unterstützung der Opfer rechter Gewalt

Für das Jahr 2005 führt Sachsen-Anhalt die bundesweite Statistik rechtsextrem und rassistisch motivierter Gewalttaten bezogen auf die Zahl der Einwohner/innen an. Hauptopfergruppen sind Migrant/innen und nicht-rechte bzw. alternative Jugendliche. Opfer wie auch Familienangehörige, Freund/innen und Zeug/innen sollen mittels qualifizierter Angebote nach einem Übergriff schnelle und auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Unterstützung erhalten. Die Beratung muss kostenfrei sein und ist daher vom Staat langfristig finanziell abzusichern. Hierfür gilt es, die Arbeit der bisherigen Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt fortzuführen.

Eine öffentliche Solidarisierung mit den Opfern soll diese stärken und ihnen helfen, die Folgen des Angriffs zu bewältigen und wieder am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Zugleich setzt es den (potentiellen) Täter/innen Grenzen und trägt somit zu einer Eindämmung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei. Die Unterstützung mit den Opfern soll deutlich machen, dass in einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft alle Menschen die gleichen Rechte genießen. Menschen, gleich welchen nationalen, ethnischen, religiösen, politischen oder sexuellorientierten Hintergrunds, sollen sich frei von Angst bewegen und Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen finden. Hier findet Artikel 1 des Grundgesetzes, „die Würde des Menschen ist unantastbar“, seine praktische Umsetzung.

6.3. Mobile Beratungsteams

Immer häufiger versuchen Rechtsextremisten auf gleicher Augenhöhe mit demokratischen Akteuren vor Ort Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess zu nehmen. Oftmals stehen dann die kommunalen Verantwortungsträger/innen den selbstbewusst auftretenden Kadern hilflos gegenüber. Die zu schaffenden fünf Mobilen Beratungsteams (MBT) sollen insbesondere im ländlichen Raum aktiv werden und kommunalen Akteuren aus Politik und Behörden, aber auch aus der Zivilgesellschaft Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Darüber hinaus sollen sie Informationen zu neuen Entwicklungen des Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt sammeln und aufbereitet an Multiplikator/innen weitergeben.
Hierzu sollen Ansätze und Erfahrungen aus der langjährigen Arbeit der MBTs in Brandenburg und Sachsen berücksichtig werden.

6.4. Sensibilisierung gesellschaftlicher Gruppen

Um Rechtsextremismus wirksam und nachhaltig entgegenzutreten, bedarf es der Kenntnis über dessen Wesen und Erscheinungsformen. Fachkompetente Initiativen sind so abzusichern, dass sie ihre Kenntnisse über Ziele, Ideologie, Struktur und Aktionsformen der

verschiedenen Strömungen des Rechtsextremismus didaktisch aufbereitet an Multiplikator/innen aus Schule und Jugendarbeit, aber auch an Behördenmitarbeiter/innen, Politiker/innen und weitere interessierte Personengruppen weitergeben können. Behördliches und verwaltungsrechtliches Handeln gegenüber rechtsextremistischen Akteuren in den Regionen Sachsen-Anhalts war in der Vergangenheit vielfach von Unsicherheit und Unkenntnis geprägt. Hier bedarf es einer Bündelung von Fachkompetenz und der ressortorientierten Weitergabe von Praxiswissen über die sozialen Alltagsverankerungen rechtsextremistischer Politikangebote.

6.5. Vernetzung von Politik, Verwaltung, Vereinen und Verbänden

Viele Menschen sind in unserem Land bereits aktiv gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Hauptamtlich oder im Ehrenamt engagieren sie sich für die Ausgestaltung einer lebendigen Demokratie und die Stärkung der Zivilgesellschaft. Ein Beispiel ist das im Oktober 2003 gegründete „Bündnis für Zuwanderung und Integration in Sachsen-Anhalt“, mit dem Konzept, möglichst viele gesellschaftlich wirkende Akteure und Organisationen in Sachsen-Anhalt anzuregen, am Integrationsprozess von Zugewanderten und zugewiesenen Personen mitzuwirken.
Einen Ansatz, möglichst umfassend zivilgesellschaftliche Aktivitäten zu bündeln, stellt das „Netzwerk für Demokratie und Toleranz“ aus dem Jahr 2005 dar. Bisher fehlte es jedoch an einem offenen Verständigungsprozess über Ziele, Aufgaben und Strukturen. Dieser ist im Sinne eines Zurückdrängens des Rechtsextremismus zeitnah zu führen. Neben dem landesweiten Netzwerk sind vergleichbare Kooperationsformen auch auf regionaler oder gar lokaler Ebene zu entwickeln. Die Kommunikation und Kooperation der vor Ort tätigen demokratischen Parteien, Gewerkschaften, Vereine, Stiftungen, Initiativen, Verbände, Kirchen, Schulen und Unternehmen ist eine zentrale Voraussetzung, um die Arbeit für ein demokratisches Gemeinwesen weiter zu intensivieren. Für den Prozess der Vernetzung können insbesondere die MBTs unterstützend wirken. Sinnvoll wäre weiterhin die Einrichtung einer hauptamtlichen Geschäftsstelle zur Koordinierung der Netzwerkarbeit auf Landesebene. Diese sollte unabhängig von der Landesverwaltung sein.

6.6. Politische Bildung für alle Altersgruppen

Wie die eingangs zitierten Studien belegen, ist Rechtsextremismus kein Phänomen männlicher Jugendlicher allein. Menschenfeindliche Einstellungen ziehen sich durch weite Teile der Gesellschaft – nahezu unabhängig von Alter, Geschlecht, Beruf und sozialem Stand. Die Vermittlung demokratischer und toleranter Grundwerte muss daher bereits in der Vorschulzeit beginnen und sich dann auf alle Lebensphasen erstrecken. Schule ist und bleibt ein Ort, an dem Heranwachsende zu aktiven Bürgerinnen und Bürgern erzogen werden sollen. Jedoch sind weitere Institutionen und Organisationen mit einzubeziehen: Kindertagesstätten, Jugendclubs, Sport- und Kulturvereine, Verbände usw. Zu den Kernbestandteilen sind dabei die Menschenrechtspädagogik und die historisch-politische Bildung zu zählen.

6.7. Einbindung der Wissenschaft

Zur Qualitätssicherung der initiierten Maßnahmen und Projekte ist es erforderlich, eine wissenschaftliche Evaluation durchzuführen. In diesem Rahmen sollten die Erfahrungen der mehrjährigen Begleitung der bisherigen Bundesprogramme (CIVITAS, entimon, Xenos) als Grundlage dienen. Zudem kann auf die in Sachsen-Anhalt existierenden sozialwissenschaftlichen Institute zurückgegriffen werden.
Darüber hinaus ist ein alljährlicher Survey zur politischen Kultur im Bundesland Sachsen-Anhalt zu empfehlen, um die im Rahmen dieses Programms geförderten Maßnahmen und Projekte wirkungsvoller an den gesellschaftlichen Gegebenheiten auszurichten. Als Vorbild hierfür kann der bereits im Jahr 2000 eingeführte „Thüringen-Monitor“ dienen.[35]

35 Der Thüringen-Monitor ist eine Studie zu den politischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger Thüringens. Die Analysen werden im Auftrag der Thüringer Staatskanzlei von einem Forscherteam jährlich erarbeitet.

6.8. Finanzierung

Zur Absicherung der in diesem Kapitel vorgestellten Maßnahmen und zur Gewährleistung ihrer dauerhaften Durchführung bedarf es einer entsprechenden Finanzierungsgarantie jenseits der reinen Projektfinanzierung. Insgesamt sollte *jährlich eine Summe von einer Million Euro* zur Verfügung stehen. Damit sollten die Einrichtung von vier Mobilen Beratungsteams sowie die Fortführung der fünf Opferberatungsstellen und die Aufstockung der Netzwerkstellen auf fünf Regionalzentren finanziert werden. Die für ein Landesprogramm zur Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft sowie für den Kampf gegen Rechtsextremismus notwendigen Gelder sollten unbürokratisch und zeitnah bei den entsprechenden Ministerien und Verwaltungen abrufbar sein. Zudem sollte die Mittelvergabe für die Arbeit des neu strukturierten „Netzwerks für Demokratie und Toleranz“ bei der zu schaffenden Koordinierungsstelle angesiedelt sein.

7. Maßnahmen für ausgewählte Politikfelder

7.1. Bildung und Wissenschaft

Bildung und Wissenschaft bieten wichtige Potentiale für die künftige gesellschaftliche Entwicklung und können so helfen, den Ursachen von Rechtsextremismus und seinen ideologischen Wurzeln wirksam zu begegnen.
Im kurzfristigen Kampf gegen Symptome des Rechtsextremismus bleiben ihre Wirkungsmöglichkeiten zwar begrenzt. Dennoch können Bildungs- und Forschungseinrichtungen mittel- und längerfristig zentrale Beiträge gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Intoleranz leisten.
Wir gehen deshalb davon aus, dass ein demokratischer Umgang mit Wissenschaft, die demokratische Entwicklung der Bildungseinrichtungen und die Sicherung einer hohen Qualität in Schule, Ausbildung, Weiterbildung, Lehre und Forschung letztlich entscheidend sind für die längerfristigen Erfolge oder Misserfolge bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus in diesem Bereich.
Die Pflege und Wiederbelebung eines demokratischen Bildungsideals hat für uns eine zentrale Stellung im bildungspolitischen Diskurs.
Bildung soll im Sinne von „Sich-selbst-bilden" die Vervollkommnung der gesamten Persönlichkeit umfassen und eine selbstbestimmte, selbstverantwortbare Stellung in der Gesellschaft ermöglichen. Bildung soll zur selbst und frei erlangten Einsicht in Normen und Werte und zu deren Übernahme statt zu ihrer bloßen Befolgung führen.
Wir sehen mit Sorge vielerorts eine zunehmende Reduzierung von Bildung auf die Erlangung von Professionalität. Eine solche Entwicklung birgt die Gefahr politischer Desensibilisierung der oder des Einzelnen sowie des Verlustes der moralischen Verantwortung von Bildung und Wissenschaft für die Geschicke der menschlichen Gesellschaft insgesamt. Das bezieht beide Seiten ein: den Bildenden ebenso wie den zu Bildenden. Werte und Normen erhalten ihre Legitimation erst durch im Alltag gelebte oder in den Medien dargestellte Vorbildsituationen.
Politik muss erstens dazu beitragen, dass Erziehung, Ausbildung und Bildung eine Einheit bilden können, auf hohem Niveau stattfinden und humanistischen und demokratischen Idealen verpflichtet sind. Zweitens muss Politik alles dafür tun, dass junge Menschen die Sinnhaftigkeit ihrer individuellen Lebensziele innerhalb des bestehenden demokratischen Staates erkennen können, weil diese – wenn auch eventuell mit Anstrengung, aber letztlich doch – erfolgsorientiert realisierbar sind.
Die Rechtsextremismusforschung weist u.a. in Studien über Täterinnen und Täter nach, dass individualentwicklungsgeschichtliche frühe Weichenstellungen darüber entscheiden, ob rechtsextreme „Antworten" auf individuelle Erfahrungen und gesellschaftliche Herausforderungen Resonanz finden. Deshalb kommt es besonders auf den Anfang an.
Kindertageseinrichtungen sollen die Entwicklung der Kinder zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten fördern, ihnen Empathie, interkulturelle Kompetenz und demokratisches Bewusstsein vermitteln. Jedem Kind muss daher ein gleichberechtigter Zugang zu allen Bildungs- und Betreuungsangeboten der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen gewährt werden.
Kindertagseinrichtungen sind Bildungseinrichtungen, keine Schulen. Ihr primärer Auftrag besteht nicht in der Vermittlung von Lehrstoff sondern vielmehr in der Schaffung eines produktiven Klimas, welches Kindern ermöglicht, sich selbstständig Lernprozesse anzueignen und die Welt zu erschließen. Vorschulische Bildungseinrichtungen sind so zu fördern, dass in der primären Sozialisation so frühzeitig wie möglich auch solche Erfahrungen, Eindrücke und Kompetenzen an Kinder vermittelt werden, die der späteren Entwicklung von rechtsextremen und fremdenfeindlichen Einstellungen entgegenwirken. Sie müssen zum einen stark gemacht werden, um später „Nein" zu rechtsextremen Tendenzen sagen zu können. Zum anderen kann die erforderliche Sensibilität im Umgang mit anderen Kulturen und Religionen schon im frühen Alter vermittelt werden. Gewaltprävention, interkulturelle Päda-

gogik, partizipative und geschlechtersensible Projekte und alters- und entwicklungsabhängig auch Angebote der historischen Bildung können dazu einen Beitrag leisten.

Im Bereich der *schulischen Bildung* stellen wir in das Zentrum der Aufmerksamkeit:

- die Qualität des Unterrichts und die Nutzung der allen Fächern innewohnenden Potenzen zu erfolgsorientiertem Lernen, damit zur Stärkung des auf Selbstachtung beruhenden Selbstwertgefühls sowie der (Selbst-)Kritikfähigkeit und der Empathiefähigkeit,
- die Entwicklung eines von Demokratie und Toleranz geprägten sowie eines musisch und schöpferisch anregenden Schullebens,
- die Ausprägung einer von den Persönlichkeiten der Schülerinnen und Schüler ausgehenden Lernkultur und einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Lehrenden und Lernenden einschließlich der Fähigkeit, produktiv mit Konflikten umzugehen, sowie
- die herausragende Rolle der Lehrkräfte und des weiteren pädagogischen Fachpersonals, ihr „Vorleben" und Verhalten mit dem für Jugendliche wichtigen Bewusstmachen: Du bist mir wichtig! Ich höre dir zu! Ich nehme dich ernst! Ich will dich verstehen, auch wenn ich deine Haltung ablehne oder nicht immer teile. Ich achte dich und verhalte mich so zu dir, wie ich will, dass du dich zu mir verhältst.

Maßstab soll insbesondere die Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags von Schule gemäß § 1 des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt sein. Dabei sind wir der Auffassung, dass der Bildungs- und Erziehungsauftrag des derzeitigen Schulgesetzes kritisch reflektiert und weiterentwickelt werden muss.

Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt hat den **Entwurf eines Schulreformgesetzes** der Öffentlichkeit vorgestellt und wird das dem Gesetzentwurf zugrunde liegende Konzept im Bildungskonvent diskutieren:

- Eine Schule für alle Kinder – differenzierte Bildungsangebote in einem gemeinsamen Bildungsgang in der Sekundarstufe I, niemandem soll schon ab Klasse 5 oder 7 Bildung vorenthalten werden, alle sollen mindestens mit dem Ziel des Realschulabschlusses unterrichtet werden,
- für eine neue Lernkultur, die Schülerinnen und Schüler weitgehend selbstbestimmtes Lernen ermöglicht, an ihren Erfahrungs- und Erlebniswelten anknüpft, Motivation durch praktisches Tätigsein und erstes wissenschaftliches Arbeiten entwickelt und Gelerntes festigt, Berufsvorbereitung verbessert,
- für die Einbeziehung weiterer pädagogischer Fachkräfte in die Ausbildung, zur Unterstützung der Lehrkräfte, zur Verbesserung der individuellen Förderangebote und zum Nachteilsausgleich,
- für sozialpädagogische Profilbildung an allen Schulen, für die weitere Öffnung der Schule zu ihrem Sozialraum,
- für Demokratisierung und verbriefte Gestaltungsrechte aller an Schule Beteiligter, für die Förderung kritischen gesellschaftlichen Engagements.

Ausdrücklich wird die Bedeutung sozialpädagogischer Projekte an Schulen unterstrichen. Sie müssen in eine entsprechende Profilbildung an den Schulen eingebettet sein, die auf die Kernaufgaben von Schule zielt. Sozialpädagogische Arbeit an den Schulen soll sich konstruktiv auf die Ausprägung sozialer Kompetenzen, Lernfähigkeit sowie Lernbereitschaft richten und sich nicht nur auf Defizit- und Nachteilsausgleich oder die Intervention in sozialen Problemsituationen beschränken.

- Die Linkspartei.PDS-Fraktion im Landtag hat einen Beschluss des Landtages **„Soziale Bildung, soziale Integration und Schulsozialarbeit an den Schulen in Sachsen-Anhalt"** mit herbeigeführt. Sie wird sich dafür einsetzen, dass das angekündigte Schulsozialarbeitsprogramm einen wirksamen Beitrag leistet.
- Die Fraktion der Linkspartei.PDS im Landtag fordert die geplanten **Landesmittel für die Schulsozialarbeit auf**

mindestens 2 Millionen Euro jährlich anzuheben, um mehr Projekte fördern zu können und insbesondere im Bereich der Berufsbildung die Arbeit zu verstärken.

Die Landtagsfraktion der PDS hat einen Beschluss des Landtages zum spezifischen Beitrag der Bildung im Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt initiiert, der im Dezember 2001 gefasst wurde. Dieser Beschluss bezeichnet wichtige Aufgabenfelder, die nach wie vor bearbeitet werden müssen. Er hat einen Beitrag geleistet, die in der Öffentlichkeit und in den Kultusbehörden kommunizierten Erwartungen an den Beitrag der Bildungseinrichtungen bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und der Vermittlung von sozialen Kompetenzen und Demokratiefähigkeit deutlicher und stärker zu artikulieren.
In der Selbstreflexion von Bildungseinrichtungen werden solche Aufgabenfelder nicht selten nur dann erörtert, wenn konkrete Problemlagen oder administrative Vorgaben dazu zwingen. Sie werden nicht ausreichend als grundlegender Bildungs- und Erziehungsauftrag verstanden. Folgende Schwerpunkte sollen besonders hervorgehoben werden:

- Schülerinnen und Schüler sollen als gleichberechtigte Mitgestalterinnen und Mitgestalter ihres sozialen Lebensraums einschließlich der Schule akzeptiert und anerkannt werden. Die im Schulgesetz verankerten weitgehenden Gestaltungsrechte der Schülervertretungen und ihr politisches Mandat sollen geachtet und besser ausgefüllt werden. Bei der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Positionen und Strukturen tragen sie eine besondere Verantwortung, ihr diesbezügliches zivilgesellschaftliches Engagement sollte daher besser motiviert und aktiver gefördert werden.
- Die Befähigung, Beratung und Unterstützung der Lehrkräfte, der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter aller an Schule Beteiligter soll qualifiziert und im Sinne der oben beschriebenen Schwerpunkte konzentriert, die Fähigkeit zur Selbsteinschätzung und zur Erarbeitung entsprechender Schlussfolgerungen entwickelt werden. In enger Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe, auf diesen Gebieten tätigen Vereinen und Verbänden sowie Einrichtungen der politischen Bildung sollen alle Schulkollegien dafür sorgen, dass in ihren Reihen die erforderlichen Kompetenzen für Prävention und Konfliktmanagement entwickelt werden. Das schließt Fähigkeiten ein, rechtsextremistische, fremdenfeindliche Tendenzen frühzeitig wahrzunehmen.
- Wir schlagen vor, bei der Überarbeitung der Rahmenrichtlinien zu prüfen, ob schon zu einem früheren Zeitpunkt als bisher begonnen werden kann, die Schülerinnen und Schüler über Faschismus und Neofaschismus, seine Verbrechen, die historischen Zusammenhänge seiner Entstehung und Entwicklung sowie seine Wurzeln aufzuklären. Unterricht, der auf die Wertebildung besonders orientiert ist, und sozialwissenschaftlicher Unterricht müssen an allen Schulen im vorgeschriebenen Umfang qualifiziert erteilt, lebensverbunden und interessant gestaltet werden. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass jene Seiten des komplexen Bildungsprozesses gestärkt werden, die einen besonderen Einfluss auf die Emotionalität und die musische Bildung der Schülerinnen und Schüler ausüben können. Einen ebenso wichtigen Baustein im Kampf gegen rechtsextremes und rassistisches Denken und Handeln stellen interkulturelles Lernen und internationale Schulpartnerschaften dar. Hier sollten auf Anregung und mit Unterstützung von Politik und Wirtschaft vorhandene Potentiale gestärkt und neue Profile entwickelt werden.

- Die Fraktion der Linkspartei.PDS im Landtag wird die Landesregierung auffordern, den angekündigten Prozess der **Überarbeitung der Rahmenrichtlinien der Sekundarschule** transparent zu gestalten.
- Sie wird u.a. Vorschläge unterbreiten, die darauf gerichtet sind, Bildungsinhalte aufzunehmen, die in besonderer Weise geeignet sind, demokratische Positionen, Toleranz, Konflikt- und Empathiefähigkeit zu entwickeln. Es soll darüber hinaus empfohlen werden, zeitgeschichtliche Bildung früher zu beginnen und überzeugender zu gestalten.

- Der Sozialraumorientierung von Bildungsprozessen sollte in der Entwicklung und Profilierung von Schulen größere Beach-

tung beigemessen werden. Bildungsprozesse müssen besser an die reale Erlebnis- und Erfahrungswelt der Kinder und Jugendlichen anknüpfen und produktiv mit ihnen umgehen. Die Öffnung von Schule hin zu ihrem sozialen Umfeld sollte die Zusammenarbeit und Abstimmung mit Vereinen und Verbänden, Einrichtungen der Jugendhilfe und Persönlichkeiten des zivilgesellschaftlichen Lebens einschließen. Umgekehrt ist es erforderlich, dass Kommunen die Mitgestaltung von Bildungsprozessen als eine ihrer strategischen Aufgaben begreifen

Die Linkspartei.PDS-Fraktion im Landtag startet gemeinsam mit Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern das Projekt **„Region-Innovativ, Kommunen powern Bildung“**
► regionale Potenzen stärker zum Tragen bringen – für Bildung, Innovation und soziale Gerechtigkeit vor Ort.

Wir verstehen auch neue Angebote der Elternbildung und den bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagsschulangeboten als wichtige Formen der Entwicklung sozialer Kompetenzen und demokratischer Orientierungen. Wettbewerbe und geförderte Projekte können diesen Prozess unterstützen.
Die bisher genannten politischen Orientierungen und Schwerpunkte gelten ausdrücklich auch für den Bereich der *beruflichen Erstausbildung*. Dennoch weist die berufliche Bildung Spezifika auf, die besondere Aufmerksamkeit erfordern. Hier sind erhebliche Defizite bei der Erteilung wertebildenden und auch sozialkundlichen Unterrichts wie im Anteil allgemeinbildender Elemente im Ausbildungsprozess überhaupt auszumachen. Auch Projekte der Schulsozialarbeit sind hier unterdurchschnittlich vorhanden.
Wir plädieren für eine deutliche Stärkung dieser Bildungsangebote und Projekte. Dabei muss beachtet werden, dass im berufsbildenden Bereich die Ablehnung von Bildungsangeboten jenseits der Ausbildungsrelevanz derzeit hoch ist. Es ist mithin erforderlich, Motivation zu entwickeln und entsprechende Anreize zu schaffen. Gleichzeitig ist es von Bedeutung, dass es besser gelingt, bereits im allgemein bildenden Schulwesen entsprechend Interesse zu wecken und Bedürfnis nach gesellschaftlichem Engagement auszuprägen. Der Bildungsprozess in der beruflichen Erstausbildung ist in vielfältiger Weise mit der Ausbildung in der allgemein bildenden Schule verknüpft.
Einen besonderen Problembereich stellen jene Jugendliche dar, die in staatlichen Sonderprogrammen und/oder sogenannten Warteschleifen eine Ausbildung oder ersatzweise Angebote für eine Ausbildung erhalten, sowie jene, die ohne beruflichen Abschluss oder nur bei einem eingeschränkten beruflichen Abschluss bleiben. Die soziale Integration solcher Jugendlicher gelingt trotz zahlreicher Projekte kaum oder nicht nachhaltig.
Die Zahl der Jugendlichen, die die Schule ohne oder nur mit einem Hauptschulabschluss verlassen, bleibt weitgehend konstant bei ca. 25%. Diese Jugendlichen bilden vornehmlich die eben beschriebene Schicht, aus der sich vor allem rechtsradikales Mitläufertum rekrutiert.
Die weitgehend konservativ geprägte Schulpolitik konnte zwar die Zahl derjenigen weiter senken, die keinen Schulabschluss erlangen, ein Rückgang der Hauptschulabsolventinnen und -absolventen zu Gunsten höherer Schulabschlüsse zeichnet sich aber nicht ab, im Gegenteil. Damit bleibt die Brisanz dieses sozialen Problems weitgehend erhalten. Wir treten dafür ein, das Anspruchsniveau aller Bildungsangebote in der Sekundarstufe I deutlich zu erhöhen, alle Schülerinnen und Schüler mindestens mit dem Ziel des Realschulabschlusses zu unterrichten und mittelfristig die äußere Gliederung in dieser Schulstufe zu überwinden.
Den *Hochschulen* kommt im Bereich eines Programms gegen Rechtsextremismus und Rassismus ein besonderer Stellenwert zu. Hochschulen sind Teil der Zivilgesellschaft. Sie haben eine eigene Wirkung und Ausstrahlung. Wissenschaft spielt eine entscheidende Rolle für Fortschritt und Entwicklung der menschlichen Zivilisation. Die Entwicklung zur so genannten Wissensgesellschaft kann nur demokratisch und ohne Verliererinnen und Verlierer gelingen, wenn Bildung als gesellschaftliches Gut erhalten und gestärkt wird.
Hochschulen sollten in diesem Sinne Unterstützung erfahren bei der Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Gleichzeitig sind nachhaltige Impulse der Wissenschaft für die soziale, kulturelle und regionale Entwicklung wie kritische Mahnung und Engagement zu erwarten.
Hochschulen und Forschungseinrichtungen tragen eine besondere Verantwortung, im Rahmen der zeitgeschichtlichen und soziologischen Forschung zu Faschismus, Neofaschismus und weiteren

demokratiefeindlichen Erscheinungen sowie in der sozialpädagogischen Forschung zu gesellschaftlich tragfähigen Strategien gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft beizutragen.
Die Hochschulen sollten als Stätten internationalen Austauschs in Wissenschaft und Kultur verstärkt in die Öffentlichkeit hinein wirken.
Als Orte des lebenslangen Lernens können Hochschulen dazu beitragen, dass in Bereichen der Erwachsenenbildung, der Weiter- und Fortbildung sowie der Seniorenbildung die Grundlagen für demokratische und tolerante Denkmuster und Identitäten ausgebaut werden können.

Die Landtagsfraktion der Linkspartei.PDS fordert kurzfristig, die mit dem Jahr 2006 einsetzende Kürzung der Hochschulbudgets um 10% zurückzunehmen. Das bedeutet **30 Millionen Euro mehr für die Hochschulen**.
Damit verbindet die Linkspartei.PDS die Forderungen:

- nach bedarfsgerechtem Ausbau der Studienplatzkapazitäten der Hochschulen unter Berücksichtigung des doppelten Abiturjahrgangs 2007, eines bundesweit wachsenden Studienplatzbedarfs sowie weiterer im Landesinteresse stehender Aufgaben wie
  - die Bereitstellung ausreichender Studienplätze für die Deckung eines erhöhten Ersatzbedarfs an Lehrkräften für die Schulen in Sachsen-Anhalt, der nach dem Jahr 2010 auftreten wird,
  - der schrittweise Aufbau einer Hochschulausbildung für Erzieherinnen und Erzieher im frühkindlichen Bereich,
- nach einem gebührenfreien Zugang zum Studium, zu Hochschuleinrichtungen und einer gebührenfreien Nutzung von Lernmitteln, Fernstudienmaterialien, multimedial aufbereiteten oder telematisch bereitgestellten Studienmaterialien,
- nach zielgerichtetem Ausbau strukturbestimmender Forschungslinien sowie der Risikoforschung im Sinne einer verantwortlichen und demokratischen Wissenschaft,
- nach einer Verbesserung der Sachausstattungen der Hochschulen.

Wir sehen aber auch erhebliche Defizite. Politische Rahmenbedingungen, Traditionen und in der deutschen Wissenschaftsorganisation selbst verhaftete Probleme haben autoritäre Strukturen konserviert, die dem Anspruch einer demokratischen, diskursiv geprägten Wissenschaft allzu oft zuwider laufen.
Wenn gesellschaftliche Realitäten aus Lehre und Forschung ausgeblendet werden und sie sich bestenfalls im Nachhinein ethischen Maßstäben verpflichtet fühlen, wenn rein an Zweck-Mittel-Relationen orientiertes Denken und wertnivellierender Relativismus die Oberhand gewinnen, Disziplinen sich weitgehend separieren, dann besteht die Gefahr, dass zynische, technokratische und unter Umständen auch menschenverachtende Denk- und Handlungsmuster selbst unter Menschen mit hohen Bildungsabschlüssen voranschreiten.
Wir wenden uns deshalb gegen die deutschlandweit zu beobachtende Tendenz, dass im akademischen Studium sozial- und geisteswissenschaftliche Fragen immer deutlicher im Interesse eines knappen, effektiv auf den berufsqualifizierenden und verwertungsorientierten Abschluss gerichteten Studiums in den Hintergrund treten oder gänzlich entfallen.
Die mit den derzeitigen Hochschulreformen einhergehende Verkürzung und Verdichtung der Studienzeiten und Tendenzen der Einschränkung der Hochschuldemokratie werden dazu führen, dass nicht wenige Fachkräfte besonders der technischen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Intelligenz sowie Führungskräfte der Wirtschaft nur geringes zivilgesellschaftliches Engagement zeigen und politische Sensibilität vermissen lassen. Darüber hinaus wird der Raum für distanzierte und kritische Reflexion der wissenschaftlichen Arbeit und für die politische und kulturelle Betätigung innerhalb und außerhalb der Hochschule für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierende erheblich eingeschränkt.

Die Fraktion der Linkspartei.PDS erarbeitet Vorschläge für **Veränderungen des Hochschulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt** – Schwerpunkte aus dem Blickwinkel dieser Konzeption:

- Einführung eines verpflichtenden, die studentische Wahlfreiheit gewährleistenden studium generale,

- Stärkung der Hochschuldemokratie und der Eigenverantwortung der Hochschulen, Stärkung der kritischen Hochschulöffentlichkeit,
- Aufhebung von Restriktionen, die eine Verkürzung und Verdichtung von Studienzeiten erzwingen, Berücksichtigung von ehrenamtlichem und zivilgesellschaftlichem Engagement bei der Studienorganisation,
- positive Festschreibung des allgemeinpolitischen Mandats der Studierendenschaften.

Besonders nachhaltig wirken sich Defizite in der Lehramtsausbildung aus. Die pädagogische und sozialpädagogische Ausbildung muss in allen Lehramtsstudiengängen qualifiziert und vertieft werden. Wir halten es für erforderlich, auch Kenntnisse in der historisch-politischen Bildung, der Ethik und der Menschenrechtserziehung zu vermitteln. Ein zu beobachtender Abbau in den Geistes- und Sozialwissenschaften wirkt sich hier besonders aus.
Bei der Evaluierung der Fachhochschule der Polizei soll den Fragen der Ausbildung sowie der praktischen Forschungs- und Beratungstätigkeit auch unter den Aspekten der sozialwissenschaftlichen Grundlagen und der Probleme der Prävention, der Identifizierung und Verfolgung rechtsextremistischer und gewaltimmanenter Straftaten entsprechende Aufmerksamkeit gewidmet werden. Diesbezügliche Schlussfolgerungen sind zu ziehen.

Im Rahmen der parlamentarischen Begleitung des Gesetzes über die **Fachhochschule der Polizei** in seiner seit Februar 2006 gültigen Fassung fordert die Landtagsfraktion der Linkspartei.PDS eine Evaluierung der Arbeit der Hochschule.

Die Träger der Erwachsenenbildung sollen stärker unterstützt werden, ein wirkungsvolles Angebot allgemeiner, kultureller und politischer Bildung vorzuhalten, die geeignet ist, Bildung und Kultur, Humanismus, Toleranz, Weltoffenheit und Zivilcourage in besonderer Weise zu befördern. Der politischen, kulturellen und allgemeinen Bildung soll im Rahmen der Erwachsenenqualifizierung und Weiterbildung der gleiche Rang eingeräumt werden wie der beruflichen Fort- und Weiterbildung.
Wir warnen davor, Rechtsextremismus und Rassismus allein auf ein Problem von Bildungs- und Kulturdefiziten zu reduzieren. Wenngleich diese Defizite in besonderem Maße dazu beitragen, eine erhebliche Mitläuferschaft zu rekrutieren, die das politische Gewicht des Rechtsextremismus deutlich mitbestimmt. Rechtsextremistische und rassistische Vorkommnisse auch an Bildungseinrichtungen, die auf mittlere, höhere und akademische Abschlüsse vorbereiten, sowie unter Bürgerinnen und Bürgern mit mittlerer oder hoher Bildung, selbst einzelner Mitglieder und Angehöriger von Hochschulen, verweisen darauf. Das zeigt, dass auch aus intellektuellen Positionen und einem bestimmten Eliteverständnis rechtsextremistische, antisemitische und rassistische Positionen offenbar erwachsen können. Sie erweisen sich gegenüber den „dumpfen“ Gewaltentäußerungen oft als gesellschaftlich nachhaltiger und gewinnen durchaus Ausstrahlung.

7.2. Kultur und Medien

Der *Kultur* kommen vielfältige Aufgaben im Kampf gegen Rechtsextremismus zu. So ist Kultur immer streitbar und damit ein demokratischer Prozess. Kultur erreicht viele und unterschiedliche Menschen und ist somit Transformationsriemen der Zivilgesellschaft. Daher ist eine demokratische, kulturell vielseitige Landschaft eine zwingende Notwendigkeit für ein tolerantes und weltoffenes Sachsen-Anhalt. In ihr sollte das kulturelle Ehrenamt eine stärkere Unterstützung finden.
Wenn wir davon ausgehen, dass rechtsextremes Gedankengut weit in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen ist, können wir eine demokratische Kultur nicht ausschließlich als Jugendkultur verstehen. Sie muss vielmehr alle Altersgruppen ansprechen und alle Menschen, unabhängig von ihrem sozialen Status, müssen von ihr partizipieren können. Kulturelle Angebote müssen auch und vor allem im ländlichen Raum vorhanden sein. Gibt es in Regionen keine kulturellen Möglichkeiten, besteht die Gefahr, dass Rechtsextreme in dieses Vakuum vordringen und selbst die „Angebote“ machen. Damit hätten sie dann direkt die Mitte der Gesellschaft erreicht.
Nur die Etablierung einer demokratisch verfassten Kulturlandschaft kann verhindern, dass rechtsextremes Gedankengut die All-

tagskultur dominiert. Das Kulturkonzept des Landes Sachsen-Anhalt muss auf diese neuen Herausforderungen reagieren und Lösungsansätze aufzeigen, wie eine solche Kulturlandschaft dauerhaft finanziert werden kann. Hierzu ist ein Meinungsaustausch mit dem Kultursenat des Landes notwendig, er muss in diese grundsätzlichen Fragen einbezogen werden.
Wir fordern deshalb:

- die Fortschreibung und Qualifizierung des Landeskulturkonzeptes sowie
- die Förderung von Kontinuität in der Kulturlandschaft und die Schaffung stabiler Rahmenbedingungen.

Kulturelle Bildung ist eine Säule von Präventionsarbeit. Nur wenn alle die Möglichkeit der Teilhabe an Kultur haben, kann sie ihre gesellschaftliche Wirkung entfalten. Dies bedeutet auch, Kultur für alle Menschen im Land bezahlbar zu machen.
Da in Sachsen-Anhalt ca. 30% der hier lebenden Kinder unterhalb der Armutsgrenze leben, sind diese von einem großen Teil der kulturellen Angebote ausgeschlossen. Deshalb fordert die Linkspartei.PDS für diese betroffenen Kinder und Familien einen Nachteilsausgleich. Wir machen uns stark für:

- den Ausbau und die dauerhafte Finanzierung der Programme „Kinder und Musik in der Grundschule“ und „Klatsch – Kooperation mit Schülertheatern“,
- den Ausbau der Nachteilsausgleichsprogramme und
- zielgruppenspezifische Angebote, insbesondere auch für Jungen und junge Männer.

Kultur muss sich als Teil der Zivilgesellschaft verstehen und dort ihre Wirkung entfalten. So kann an bewährte parteiübergreifende Projekte mit politisch-demonstrativem Charakter angeknüpft werden. Hier sind beispielsweise „Rock gegen Rechts“ und „Bunt statt Braun“ zu nennen. Weitere Veranstaltungen wie Wettbewerbe für Demokratie und Toleranz sollten ausgeschrieben, initiiert und unterstützt werden. Die interkulturelle Bildung und der internationale Kulturaustausch sind zu verstärken. Die Linkspartei.PDS setzt sich ein für:

- die Unterstützung und Initiierung von Veranstaltungen gegen Rechts unter Mitarbeit von breiten demokratischen Bündnissen und Verstetigung dieser Veranstaltungsreihen,
- die bessere finanzielle Ausstattung des Haushaltstitels „Internationaler Kulturaustausch“ sowie
- die Einbeziehung von Migrant/innen in die örtliche Kulturarbeit.

Eine Auseinandersetzung ist aber auch mit rechter Kultur, welche in einigen Bereichen inzwischen bereits die Dominanzkultur bildet, zu führen. Hier sind nicht nur Kulturschaffende, sondern auch Wissenschaft und Schule gefordert. Mitarbeiter/innen jugendkultureller Einrichtungen müssen befähigt werden, sich mit rechtsextremer Ideologie auseinander zu setzen und demokratische Alternativangebnote zu stärken.
Für die Auseinandersetzung mit Geschichtsfälschung ist die Aufrechterhaltung einer Erinnerungskultur dringend notwendig. Hier kommt z.B. den Museen, der Literatur und der Bildenden Kunst eine besondere Bedeutung zu. Diese Kulturbereiche können vor allem regional wirken und hierbei eine lebendige Erinnerungskultur entwickeln. Regionales jüdisches Leben, antifaschistisches Wirken, aber auch Verbrechen der Nazis vor Ort müssen in Heimatmuseen anschaulich dargestellt werden, so dass eine Identifizierung bzw. eine Auseinandersetzung mit dem Geschehenen passieren kann. Eine intensivere Pflege der antifaschistischen Gedenkstätten, insbesondere unter Einbeziehung der Lichtenburg, ist anzuregen.
In der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus kommt den *Medien* eine besondere Bedeutung zu. Sie haben die Aufgabe, die Bürgerinnen und Bürger umfassend zu informieren und über politisch-gesellschaftliche Hintergründe zu berichten. Eine besondere Rolle nimmt hierbei der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein. Er hat einen gesetzlichen Informationsauftrag und ist demokratisch verfasst. Um in der Auseinandersetzung mit rechtsextremem, fremdenfeindlichem und antisemitischem Gedankengut in der heutigen Informationsgesellschaft bestehen zu können, betrachtet die Linkspartei.PDS den Fortbestand des 2-Säulen Systems in der Medienlandschaft, bestehend aus öffentlich-rechtlichem Rundfunk und privaten Rundfunkanbietern, für unerlässlich. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss auch künftig über eine sozial gerechte Gebührenfinanzierung in seinem Fortbestand gesichert werden.
Die Medien sind aufgefordert, für Demokratie und Toleranz sowie gegen Fremdenfeindlichkeit zu streiten. Sie sollen die Bürger/

innen in ihrem Sendegebiet über Hintergründe informieren und Bestandteil einer demokratischen Diskussionskultur sein. Hierzu sollte die Politik sowie Vertreter/innen des Netzwerks für Demokratie und Toleranz mit ihnen das Gespräch suchen. Damit verbindet die Linkspartei.PDS die Forderungen:

- mit den Vertreter/innen der Medien über das künftige Engagement gegen Rechtsextremismus zu diskutieren,
- regionale Medien zu einer Auseinandersetzung mit rechtsextremen Strukturen und Erscheinungsformen vor Ort zu ermuntern,
- Journalist/innen zum Umgang mit rechtsextremen Parteien und Gruppierungen zu schulen sowie
- Medienpartnerschaften mit dem „Netzwerk für Demokratie und Toleranz" zu initiieren und eine Themenwoche des MDR für Demokratie und Toleranz durchzuführen.

7.3. Jugend und Sport

Jugendeinrichtungen wirken mit ihrer Arbeit in den Sozialraum hinein. Sie besitzen die Möglichkeit, demokratische und antirassistische Prozesse über die Aktivitäten im Haus hinaus auch im nahen Umfeld in Gang zu setzen. Die Freizeitgestaltung Heranwachsender ist dafür ein besonders wichtiger Ort.
Unbedingt muss das Ziel verfolgt werden, Jugendlichen überall im Land Angebote für eine attraktive Freizeitgestaltung zu machen. In den Vordergrund muss die Förderung demokratischer, nicht-rechter Jugendkulturen treten. Jeweils speziell abgestimmte aktivierende Angebote für männliche und weibliche Jugendliche sind besonders in den peripheren Regionen notwendig.
Dafür sind insbesondere Personalkostenförderprogramme einzurichten, um Stellen in ausreichender Anzahl zur Verfügung zu stellen. „Notwendig ist dabei eine fortgesetzt unvoreingenommene Auseinandersetzung um bedarfsgerechte Formen kommunaler Jugendarbeit, sowie deren Weiterentwicklungen. Erst wenn diese Grundversorgung angemessen entwickelt und gesichert ist, stellt sich die Frage nach spezialisierten Angeboten."[36]
Konkrete Maßnahmen mit Ausstrahlung in den Sozialraum hinein sind:

- Problemaufdeckung und -diskussion im Sozialraum, hier auch informeller Austausch und Vernetzung mit angrenzenden Schulen und anderen Einrichtungen des gleichen Sozialraumes mit Blick auf sich abzeichnende Tendenzen und Vorfälle mit rechtsextremem, rassistischem und antisemitischem Hintergrund. Durchführung gemeinsamer Aktionen, Konsens der nicht-rechten und demokratischen Potenziale öffentlich machen (z.B. in Form von Aufrufen, Positionierungen, Resolutionen),
- gemeinsame Projekte von Schule und Jugendarbeit, z.B. in Form von Aktionstagen, Informationsveranstaltungen auf Schulhöfen, Teilnahme an Projekttagen in Schulen,
- offene Angebote für den Sozialraum, z.B. in Form von Konzerten unter antirassistischem Motto,
- Räume der Einrichtung für externe antirassistische Projekte zur Verfügung stellen und
- Kooperation mit der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt.

Darüber hinaus besteht die Notwendigkeit, dass aufsuchende Jugendsozialarbeit im Umfeld der Einrichtungen ausgebaut wird, um der rechtsextremen Orientierung von Cliquenzusammenhängen schon frühzeitig entgegenwirken zu können. Dies muss mit einer engen Abstimmung zwischen den Jugendeinrichtungen und den Mitarbeiter/innen der Straßensozialarbeit einhergehen.
Die Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen bedarf einer grundsätzlichen Analyse, auch unter zu Hilfenahme der Evaluationen des Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt (AgAG)[37]. Für eine sinnvolle Arbeit mit rechtsextremen, gewaltbereiten Jugendlichen müssen folgende Faktoren Berücksichtigung finden:

36 Titus Simon, Bedeutung und Funktionen offener Jugendarbeit für die Arbeit mit Gruppen, in: Karl-Heinz Braun u. a. (Hg.), Handbuch der Methoden der Kinder- und Jugendarbeit, Wien 2006, S. 209.

37 Das Programm wurde von der Bundesregierung im Jahre 1992 für die neuen Bundesländer aufgelegt. Ausgestattet mit jährlich 20 Millionen DM gab es im Rahmen der Modellfinanzierung eine zeitliche Begrenzung. Ziel des Programms war die Gewaltreduzierung und -verhinderung durch sozialpädagogische Angebote (Prävention) sowie der kontinuierliche Aufbau von Jugendhilfestrukturen in freier und öffentlicher Trägerschaft.

- die Gruppe selbst mit ihren Handlungsformen und Auffälligkeiten,
- den örtlichen Kontext mit seinen Gewaltverhalten fördernden bzw. hemmenden Einflussgrößen,
- der Projektrahmen und die Projektorganisation und
- die Persönlichkeit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Erst eine fachlich präzise, selbstbewusste und auch angstfreie Analyse dieser Gemengelage kann eine für das einzelne Projekt sinnvolle Entscheidungsgrundlage darstellen. Dazu einige Verdeutlichungen:

- „Wo rechter Mainstream dominiert, wo das Gemeinwesen nicht mehr konfliktfähig ist, verkommt Jugendarbeit oftmals zu einer reinen Treffpunktfunktion für junge Rechte.
- Wo Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen eine unterstützende Struktur im Ort antreffen, können Grenzen sehr wohl weiter gesteckt werden.
- Die unterschiedlichen Sozialarbeiterpersönlichkeiten führen zu unterschiedlichen Grenzziehungen dessen, was bedrohlich wirkt. Wichtig ist immer eine Profilierung der Projekte in der Weise, dass Kollegen und Kolleginnen in gesicherten und angstfreien Kontexten arbeiten können. Es macht also einen fundamentalen Unterschied aus, ob ein Jugendhaus oder -club eine Milieubindung sowie Umfeld- und Besucherstrukturen aufweist, die auch das Auftreten von ‚Kameradschaftsangehörigen' oder NPD-Kadern als beherrschbaren, jederzeit kontrollierbaren Sachverhalt erscheinen lassen, oder ob Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über den im Nahraum ausgeübten Druck (‚wir wissen, auf welche Schule deine Tochter geht') die ‚Lufthoheit', sprich die Gestaltungskompetenz in einer Einrichtung längst verloren haben."[38]

Für Sozialarbeiter/innen und Übungsleiter/innen müssen Möglichkeiten zur Fortbildung und permanente Praxisberatung gesichert werden. Von ihrer Professionalität hängt es maßgeblich ab, ob die Werte der Demokratie, Konfliktfähigkeit und Toleranz verinnerlicht werden.

Den kommunalpolitischen Entscheidungsträger/innen kommt bei der Gestaltung dieses Bereiches eine erhebliche Verantwortung zu. Aber auch immer mehr engagierte Bürger/innen sind zu befähigen, den vielfältigen gesellschaftlichen Wandel in ziviler und demokratischer Weise persönlich zu bewältigen und im öffentlichen Raum selbst mit zu gestalten.

Für die Jugendverbände, die Jugendbildungsstätten und die anderen Träger/innen der außerschulischen Jugendbildung sowie der internationalen Jugendarbeit muss es selbstverständlich sein, sich mit demokratiefeindlichen, rechtsextremen und fremdenfeindlichen Einstellungen auseinander zu setzen und Jugendliche zu aktiver Auseinandersetzung und öffentlicher Abgrenzung gegen solche Einstellungen zu ermutigen. Besonders die Jugendfeuerwehr, die Jugendgruppen des THW, die Kirchengemeinden sowie die Sport- und Schützenverbände, die gerade in ländlichen Regionen eine Vielzahl von „unpolitischen" Jugendlichen erreichen, sind hierbei von hoher Bedeutung. Sie sollten Partner/innen beim Ziel des Abbaus von Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sein sowie die Entwicklung von Konfliktfähigkeit befördern.

Bestehende Programme, Maßnahmen und Fördertöpfe in der Jugendarbeit müssen stärker vernetzt werden, dies steht auch vor dem Hintergrund der neuen kommunalen Verantwortung für das Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" - Programmbereich „Entwicklung integrierter lokaler Strategien". Hier besteht das Problem, dass die Landkreise dieses Programm vor Ort unterschiedlich handhaben werden. Wir stehen hier also, wie in der Jugendhilfe auch, vor der Tatsache der kommunalen Selbstverwaltung, soll heißen, einer dezentralen Organisationsstruktur. Dabei wird die zentrale Vorgabe von Qualitätszielen, -standards und -kriterien besonders wichtig sein.

7.4. Soziales

Die wirtschaftliche Situation und die Möglichkeiten der Menschen, ihre Bedürfnisse nach Existenzsicherung und Selbstverwirklichung durch Arbeit zu befriedigen, sind eine wesentliche

38 Titus Simon ((2006): Bedeutung und Funktionen offener Jugendarbeit für die Arbeit mit Gruppen, in: Karl-Heinz Braun u.a. (Hg.): Handbuch der Methoden der Kinder- und Jugendarbeit, Wien, S. 208–209

Voraussetzung für bürgerschaftliches Engagement, für demokratische Mitbestimmung und letztlich für ein gewaltfreies und tolerantes Klima in der Gesellschaft. Vor allem auf bundespolitischer Ebene ist dafür eine armutsfeste Grundsicherung derer nötig, denen die Chance zur Teilhabe am Erwerbsleben derzeit verwehrt bleibt. Dafür hat die Linkspartei.PDS konkrete Alternativen entworfen.

Die Landespolitik ist darüber hinaus gefragt, die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement im eigenen Wirkungsbereich zu verbessern. Sie muss ihre Politik so gestalten, dass sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger engagieren und sich in demokratische Prozesse und politische Gestaltung vor Ort einbringen. Maßgabe dabei muss es sein, demokratische Orientierungen in zivilgesellschaftlichen Organisationen zu stärken, denn sie sind für das Funktionieren einer auf der Achtung der Menschenrechte basierenden Gesellschaft unverzichtbar. Die Linkspartei.PDS fordert deshalb:

- *eine vernetzte Infrastruktur zur Förderung des demokratischen bürgerschaftlichen Engagements.* Stabile und bereits erfahrene Partner in den Vereinen und Verbänden, die mit Freiwilligenagenturen und Ehrenamtsbörsen interessierte Bürger/innen informieren und beraten sowie Strategien und Projekte zur Engagementförderung auf regionaler Ebene entwickeln, sind mittelfristig und vor allem verlässlich zu unterstützen.
- *zielgruppenspezifische Förderstrategien und Projekte,* die einerseits den Rahmen schaffen für das Engagement Jugendlicher, Arbeitsloser oder Senior/innen in lebensweltorientierten Projekten zur Stärkung demokratischer Strukturen und die Unkostenerstattung bzw. Aufwandsentschädigungen für Arbeitslose oder gemeinschaftsfördernde Tätigkeiten für Senior/innen regeln. Andererseits sind mit spezifischen Förderprojekten neue Tätigkeitsfelder für Bürgerengagement auch in bislang verschlossenen Einrichtungsstrukturen, z.B. Kindergarten, Schule oder Pflegeeinrichtungen zu eröffnen.
- *eine landesweite Internetplattform,* die alle notwendigen Informationen rund um Engagement für Demokratie und Toleranz in unserem Bundesland enthält. Diese Internetplattform soll Interessierten ein Wegweiser zu Ansprechpartner/innen, Weiterbildungsmöglichkeiten, Aktionen und Projekten sein. Sie soll über rechtliche und versicherungstechnische Fragen, Fördermöglichkeiten, Termine, Daten und Fakten informieren. Diese Internetplattform muss von allen Beteiligten gespeist und genutzt werden.
- *eine Verbesserung des Versicherungsschutzes.* Es gibt immer noch sehr viele Unklarheiten und erhebliche Lücken in der Haftpflichtversicherung von Ehrenamtlichen sowie bei der Unfallversicherung in ehrenamtlicher Tätigkeit. Nach dem Vorbild anderer Bundesländer sollte das Land umgehend eine Rahmenvereinbarung schließen, die immer dann den Haftpflicht- und Unfallversicherungsschutz für Ehrenamtliche gewährleistet, wenn keine andere Versicherung z.B. durch den Verein/Verband oder die Kommune greift. Damit könnte die notwendige Rechtssicherheit für Ehrenamtliche hergestellt und die Unsicherheit von vielen Freiwilligen, Initiativen und Projektverantwortlichen behoben werden.
- *Kooperation, Vernetzung und ressortübergreifende Förderstrategien.* Bürgerschaftliches Engagement, welches den demokratischen Grundwerten unserer Gesellschaft verpflichtet ist, ist in allen gesellschaftlichen Bereichen dringend gefragt. Das erfordert sowohl in allen Verwaltungsressorts Ansprechpartner/innen, die sich für Vernetzung, Unterstützung und Förderstrategien verantwortlich fühlen als auch bereichsübergreifende Ansprechpartner/innen, Förderstrategien und Netzwerke, die eine umfassende gesamtgesellschaftliche Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sicherstellen.
  Zur ressortübergreifenden Förderung bürgerschaftlichen Engagements ist auf Landesebene eine Koordinierungsstelle einzurichten, die die Arbeit weiterer bei den Fachressorts einzurichtender Service- oder Kontaktstellen vernetzt und anleitet. Die Arbeit dieser Koordinierungsstelle ist über die Internetplattform öffentlich zu machen.

Konkreter Handlungsbedarf besteht in folgendem:

- Vermittlung notwendiger Informationen über zeitgemäße Strategien der Gewinnung und Einbindung von Freiwilligen, an die Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren wollen,
- Bereitstellung von Räumen, Ausstattung und Finanzen für die Arbeit der Freiwilligen
- Gewährleistung von mehr tatsächlichen Mitgestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten für die Freiwilligen und für Bür-

gerinnen und Bürger durch eine Stärkung der plebiszitären Elemente von Demokratie.

Die Linkspartei.PDS schlägt vor:

- die Selbsthilfekontaktstellen so zu fördern, dass sie ihre Funktion als Wegweiser und Zentrum der methodischen Anleitung im System der sozialen und gesundheitsbezogenen Beratungs- und Dienstleistungsangebote flächendeckend und in wachsender Qualität effektiv wahrnehmen können.
- die Selbsthilfeförderung stärker auch auf Selbsthilfestrukturen mit sozialer Indikation auszudehnen, um mehr Bürgerinnen und Bürger, die noch nicht in Selbsthilfe- und Ehrenamtsstrukturen mitwirken, für bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen.
- gesundheitsbezogene und soziale Selbsthilfe so miteinander zu vernetzen, dass damit auch das Angebot an sozialer Beratung bereichert und ergänzt werden kann.
- mit Hilfe einer kommunalen Sozialpauschale die im Land bereitgestellten finanziellen Mittel für Selbsthilfe, soziale Beratungs- und Begegnungsstätten zu bündeln, dass sie den Landkreisen zweckgebunden zur Verfügung stehen und damit bürgernäher und effizienter einsetzbar sind.

Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt engagieren sich seit Jahren für die Integration der zum Teil seit mehreren Jahren in Sachsen-Anhalt lebenden Migrantinnen und Migranten. Dieses bürgerschaftliche Engagement muss durch politische und soziale Maßnahmen ergänzt werden. Migrant/innen müssen in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichberechtigte Zugänge und Möglichkeiten der aktiven Teilhabe gewährt werden. Gleichzeitig bedarf es kontinuierlicher Anstrengungen, um den rassistischen und xenophoben Einstellungen in Sachsen-Anhalt entgegen zu wirken. Dabei sind insbesondere Politik und Verwaltung gefordert. Dies betrifft auch die Unterstützung von Asylbewerber/innen. Ihnen muss die Möglichkeit zu einem menschenwürdigen und gleichberechtigten Leben gegeben werden. Entsprechende Sozial- und Arbeitsmarktprogramme müssen hierzu entwickelt werden. Dabei gilt es vor allem, die Unterbringung in Heimen zu beenden und eine Ghettoisierung und Konzentrierung sozialer Problemlagen zu vermeiden. Die Linkspartei.PDS fordert daher unter anderem:

- dass sich Sachsen-Anhalt im Bundesrat für ein Einwanderungsgesetz einsetzt, das ein menschenwürdiges Leben und eine gleichberechtigte Teilhabe an der gesellschaftlichen Gestaltung auch für Asylbewerber/innen ermöglicht.

Ausgehend von den Ergebnissen der Erhebung zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“[39] bezogen auf Menschen mit Behinderungen stellen sich ähnliche Aufgaben in Bezug auf die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an der Gesellschaft. Der Einsatz der Linkspartei.PDS für Gleichstellung und umfassende Teilhabe behinderter Menschen in Sachsen-Anhalt durch Nachteilsausgleiche und umfassende Barrierefreiheit im Land soll zur Förderung von Selbstbestimmung und zur Stärkung des Selbstbewusstseins behinderter Menschen beitragen und ihre Teilhabemöglichkeiten erweitern.
Wachsende Präsenz und Mitwirkung behinderter Menschen in gesellschaftlichen Prozessen bewirken Normalisierung und führen mehr Menschen zu der aktiven Überzeugung, dass das gleichberechtigte Lebensrecht behinderter Menschen zu verteidigen ist.
Dazu sind folgende Maßnahmen zu initiieren:

- Forcierung umfassender Barrierefreiheit als eine Voraussetzung für mehr Präsenz behinderter Menschen in der Öffentlichkeit,
- Unterstützung von Selbstvertretungs- und Selbsthilfestrukturen behinderter Menschen,
- Förderung ambulanter Betreuungsstrukturen und integrativer Förderung behinderter Menschen inmitten der Gesellschaft.

39 Fast 20% der in diese Langzeiterhebung einbezogenen Sachsen-Anhalter stimmen der Abwertung behinderter Menschen zu. Damit verbunden sind häufig Auffassungen, die Sozialneid schüren, wenn es um die Gewährung von Nachteilsausgleichen oder Förderleistungen sowie um besondere Schutzmaßnahmen für Menschen mit Behinderungen geht.

7.5. Wirtschaft und Arbeit

Ein großer Teil des Strukturwandels der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt gelang und gelingt weiterhin unter aktiver Beteiligung ausländischer Investoren und Unternehmen. Dow Chemical Buna/Leuna, Total Raffinerie Leuna, MKM Hettstedt, Lafarge Zement Karsdorf, Radici Chimica Tröglitz oder MIBRAG Theißen gehören zu den Top 100 der Unternehmen in Sachsen-Anhalt. Fast 40% der Investitionen in den letzen Jahren wurden durch ausländische Investoren getätigt. Nimmt man noch die Auslandsumsätze der Unternehmen und die Nachfrage aus dem Ausland hinzu, ergeben die Berechnungen, dass jeder siebte Arbeitsplatz in Sachsen-Anhalt von ausländischen Investoren und Märkten abhängt. Ohne internationale Wirtschaftsbeziehungen funktioniert heute nichts mehr. Internationale Wirtschaftsbeziehungen wiederum funktionieren nur zwischen Ländern, in denen die Menschen gegenseitig willkommen sind. Gerade in den nächsten Jahren wird der Standortfaktor „offene Gesellschaft", das für ein Klima der Toleranz und Weltoffenheit steht, ein sehr wesentlicher für Investorenentscheidungen sein.

Werte wie Toleranz, gewaltfreie Konfliktlösung, gegenseitige Achtung und Verständnis nehmen in einer globalisierten Arbeitswelt einen wachsenden Stellenwert ein. Um sich an der Schnittstelle von Schule, Ausbildung und Beruf nachhaltig mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt auseinander zu setzen, sollten die im Bundesprogramm „Xenos – Leben und Arbeiten in Vielfalt" entwickelten Ansätze zur Vermittlung von demokratischen Grundwerten aufgegriffen und ausgebaut werden, etwa in deren Ausdehnung auf alle Altersgruppen im beruflichen Leben. Hier sind insbesondere die Tarifpartner in den Betrieben in der Pflicht. So sind beispielsweise Betriebsvereinbarungen zur politischen Bildung, internationalem Erfahrungsaustausch und zur Förderung interkultureller Begegnungen wünschenswert. Denkbar wäre eine Übereinkunft nach Vorbild der Initiative „Schule ohne Rassismus". Ausbilder/innen und Betriebsräte sind so fortzubilden, dass sie bei fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen unter Betriebsangehörigen konsequent sowie angemessen einschreiten können.[40] In den Unternehmen soll ein Klima entstehen, das menschenfeindliche Äußerungen ächtet. Dabei sollten auch die beruflichen und wirtschaftlichen Interessenverbände eingebunden werden. Neben der Demokratie- und Toleranzerziehung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung bedarf es insgesamt einer demokratischen Kultur in den Unternehmen.

Jungen Menschen, egal ob in einer Ausbildung oder arbeitssuchend, soll die Chance eröffnet werden, durch Praktika in Betrieben und Ausbildungseinrichtungen in anderen Ländern der EU ihre Qualifikationen zu verbessern und neue Erfahrungen zu sammeln. Dies trägt bei den Berufseinsteiger/innen zur Herausbildung von Weltoffenheit und Toleranz bei und erhöht damit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt, wie in ganz Europa.

Zugleich werden die hiesigen Betriebe und Ausbildungseinrichtungen für Jugendliche und junge Erwachsene aus dem Ausland geöffnet und somit beide Seiten von der Kooperation profitieren. Zur Ermöglichung des Austauschs wird auf bestehende Fördermöglichkeiten der Europäischen Union (z.B. „Leonardo") verwiesen.

Jede Form der Denunziation von Arbeitslosen als „faul" oder die Ahndung von Sozialhilfeempfänger/innen als „Betrüger" schafft ein Klima der Stigmatisierung und Ungleichwertigkeit, das der Nährboden für rechtsextreme Einstellungen ist. Dazu kommt unter den Funktionsmechanismen der täglich gelebten Konkurrenz im Arbeitsprozess oftmals die alleinige Bewertung der Persönlichkeit nach ihrer ökonomischen Verwertbarkeit oder Leistungsfähigkeit.

7.6. Kommune und ländlicher Raum

Zur wirkungsvollen Bekämpfung rechtsextremer Aktivitäten und Einstellungen sowie zur Stärkung der Zivilgesellschaft sind Kommunalpolitik und -verwaltung im Besonderen gefordert. Daher bedarf es auf dieser Ebene der kontinuierlichen Aus- und Weiterbildung kommunaler Verantwortungsträger/innen. Diese könnte

40 Hier ließe sich beispielsweise an Gewerkschaftsaktionen wie „Mach meinen Kumpel nicht an" anknüpfen. Die Aktion war ein wichtiges Signal gegen Ausländerfeindlichkeit. Sie wurde insbesondere von regional ansässigen Gewerkschaften unterstützt.

in enger Zusammenarbeit mit den bestehenden zivilgesellschaftlichen Netzwerk- und Beratungsstellen und den zu schaffenden Mobilen Beratungsteams erfolgen. Oberstes Ziel dieser Maßnahmen sollte es sein, Rechtsextremismus als ein gesamtgesellschaftliches und vor allem als ein politisches Problem zu erkennen sowie dementsprechend Handlungsstrategien zu entwickeln. Dabei sollte vor allem auf der Ebene der Kommunalverwaltungen erkannt werden, dass Rechtsextremismus zuvorderst kein Problem von Jugendgewalt und/oder Störung von Ruhe und Ordnung, sondern eine ernsthafte Bedrohung von Demokratie und Zivilgesellschaft darstellt.

Neben ordnungspolitischen und verwaltungstechnischen Maßnahmen – etwa in der Zurückdrängung von rechtsextremen Strukturen im öffentlichen Raum – sind es vor allem die lokalen Bürgerschaften, die einen nachhaltigen Beitrag zur Stärkung der Zivilgesellschaft leisten können. Daher sind die Kommunen und ihre Verwaltung gefordert, insbesondere die Vernetzung bürgerschaftlichen Engagements für ein demokratisches und tolerantes Zusammenleben zu unterstützen. Die Gestaltung entsprechender Bündnisse sollte möglichst alle relevanten Akteure der Kommunen einbeziehen und arbeitsfeldübergreifend ausgerichtet sein. Von besonderer Bedeutung ist auch die Einbeziehung von Sozialarbeit und Polizei. Der Kommunalpolitik und der Kommunalverwaltung kommt neben der Beteiligung an solchen Netzwerken vor allem die Aufgabe der notwendigen Ressourcenmobilisierung im infrastrukturellen und materiellen Bereich zu.

Gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren sollten möglichst umfassende lokale Aktionsprogramme gegen Rechtsextremismus entwickelt und dabei auf vorhandene Fördermöglichkeiten, wie beispielsweise, die Bundesprogramme zurückgegriffen werden. Solche Aktionspläne müssen dabei Bestandteil der allgemeinen Förderung einer pluralistischen Kultur in den Kommunen sein.

Da das zu Beginn des Jahres 2007 aufgelegte Programm der Bundesregierung „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ sich vordergründig nur auf Jugendliche bezieht, wären seitens der Vertretungskörperschaften diese Defizite durch ein kommunales Programm zu beheben. Hauptstrategien sollten u.a. sein:

- gesamtgesellschaftlicher und ganzheitlicher Ansatz,
- Ausdehnung des programmatischen Ansatzes auf alle Bevölkerungsgruppen, hier besonders Projekte für Eltern- und Großelternarbeit,
- nicht Bevormundung der bestehenden, sondern Kooperation mit den zivilgesellschaftlichen Strukturen, Bündnissen und Vereinen durch Vernetzung der unterschiedlichsten Akteure vor Ort und der Sicherung des Regelbedarfes bewährter Projekte,
- Einbeziehung solcher Bereiche wie KITA, Schule, Berufsschule, Erwachsenenbildung, Arbeitswelt und Soziokultur,
- Erreichung neuer einflussreicher lokaler Akteure wie Unternehmer und Ärzte,
- Einbindung der Gemeinwesenarbeit.

Lokale Aktionspläne können jedoch ihre Wirkung nur entfalten, wenn sie auf Basis demokratischer und bürgerschaftlicher Kommunen ausgeführt werden. Die lokale Zivilgesellschaft, also alle Bürger/innen, sollten möglichst umfassend an der Gestaltung des kommunalen Lebens beteiligt werden. Hierfür müssen entsprechende Mitwirkungsmöglichkeiten entwickelt werden. Dabei gilt es auch, übergeordnete Bürokratien und Sachzwänge zugunsten der Stärkung kommunaler Entscheidungsprozesse zu reduzieren.

Die Einbeziehung der Bürger/innen in lokale Entscheidungsprozesse muss zudem durch eine Kommunalpolitik ergänzt werden, die den Bedürfnissen der Einwohner/innen und den Anforderungen an eine pluralistische Gemeindekultur gerecht wird. So muss beispielsweise bei der Förderung des sozialen Wohnungsbaus, beim Städteumbau oder bei der Integration von Migrant/innen die soziale Homogenisierung von Stadtteilen zurückgedrängt werden.

Insgesamt bedarf es einer Politik und Verwaltung, die auf den Ausbau einer vielfältigen kulturellen und sozialen Infrastruktur gerichtet ist und besondere Anstrengungen, insbesondere bei der Unterstützung von Minderheiten und potentieller Opfergruppen rechter Gewalt, unternimmt.

Für eine nachhaltige Bekämpfung des Rechtsextremismus ist es von besonderer Bedeutung, zivilgesellschaftliche Strukturen vor allem im ländlichen Raum zu stärken und die Bürger/innen in strukturschwachen Regionen zu unterstützen. Zum einen bedarf es hier Maßnahmen zum Ausbau der ländlichen Infrastruktur. So

muss hier der Schließung von Schulen sowie der Abnahme zivilgesellschaftlicher Initiativen und kommunaler Dienstleistungen begegnet werden.
Zum anderen ist in den ländlichen Gemeinden eine Stärkung kommunaler Gestaltungsmöglichkeiten unabdingbar. Die Gemeinden müssen finanziell möglichst unabhängig und bei der Mittelvergabe möglichst autonom sein. Lokale Entscheidungsprozesse müssen gestärkt und die Überreglementierung durch Land und Bund zurückgedrängt werden, beispielsweise durch die Schaffung demokratisch legitimierter Suborgane in den Orts- und Gemeindeteilen, den Ausbau von örtlichen Verwaltungsstellen und Bürger/innensprechstunden, die Respektierung und Förderung von öffentlichen und privaten Infrastrukturangeboten sowie – langfristig gesehen – die Rückgewinnung lokaler Autonomie.

7.7. Inneres und Justiz

Maßnahmen der Repression und Strafverfolgung können in einer demokratisch verfassten Gesellschaft nur am Ende einer langen Kette von Handlungen gegen Rechtsextremismus und zur Stärkung der Demokratie stehen.
Vor diesem Hintergrund spricht sich die Linkspartei.PDS gegen ein derzeit erneut diskutiertes Verbot der rechtsextremen NPD aus. Wir stellen nicht die politische Zielstellung, wie bspw. die Beendigung der Finanzierung der NPD oder die Verhinderung eines Wahlantrittes, in Frage, jedoch bezweifeln wir, dass ein Parteiverbot ein adäquates Mittel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus ist. Es lenkt ab von der Problematisierung rechtsextremer Potentiale in Staat und Gesellschaft und der Notwendigkeit der inhaltlichen Auseinandersetzung.
Des weiteren lehnen wir den von der Koalition eingebrachten und von der Landesregierung unterstützten Antrag zur Einführung eines Straftatbestandes für Körperverletzungsdelikte aus politisch motivierten Gründen ab. Das geltende Strafrecht bietet bereits heute schon ausreichende Möglichkeiten, angemessen – auch auf politisch motivierte – Gewaltstraftaten zu reagieren, die Schwere der Tat und die Schuld der Täter/innen ins Verhältnis zu setzen, um dann auch für das Opfer eine gerecht empfundene Strafe auszusprechen. Darüber hinaus sollten repressive Maßnahmen nicht die notwendige gesellschaftliche Auseinandersetzung mit antidemokratischen und rechtsextremen Einstellungen ersetzen.
Eine wichtige Aufgabe der Justiz besteht in der Unterstützung von Opfern rechtsextremer Straf- und Gewalttaten. Im Sinne des Opferschutzes ist zu überlegen, wie bei Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten für die Opfer rechtsextremer Gewalt spezielle Beratungs- und Betreuungsangebote (z.B. Dolmetscher/innen, Psycholog/innen) eingerichtet werden können.
Polizei und Justiz kommt die Rolle zu, mittels Repression rechtsextrem motivierte Straftaten zu verfolgen. Auch hier muss in der Aus- und Weiterbildung auf allen Ebenen auf die Struktur, Programmatik, Codes etc. der rechtsextremen Szene eingegangen werden, um so die rechtsextreme Motivation einer Straftat offen zu legen. Eine konsequente Anwendung der PMK-Richtlinien[41] ist dringend erforderlich. Aber auch hier steht der Opferschutz im Mittelpunkt. Darüber hinaus sollen durch eine zügige Täterermittlung ihnen Grenzen aufgezeigt, das Umfeld verunsichert und in der Öffentlichkeit bzw. für die Gesellschaft ein Signal gesetzt werden. Opfern, Tätern wie auch der Gesamtgesellschaft muss deutlich gemacht werden, dass der Rechtsstaat Verletzungen gegen die Grundrechte Einzelner nicht ohne Ahndung hinnimmt.
Der Aufklärungs- und Verfolgungsdruck durch die Strafverfolgungsbehörden ist weiter zu erhöhen. Denkbar ist die Bildung einer Mobilen Sondereinheit, die insbesondere an Wochenenden bekannte Treffpunkte der rechtsextremen Szene aufsucht, um so einerseits die Gruppierungen zu verunsichern und andererseits das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung zu erhöhen. Darüber hinaus kann die Polizei mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, bspw. in Form von Präventionsräten vor Ort, in Austausch treten,

41 Als politisch rechtsmotivierte Straftat gilt eine Tat insbesondere dann, „wenn die Umstände einer Tat oder die Einstellung des Täters darauf schließen lassen, dass sie sich gegen eine Person aufgrund ihrer politischen Einstellungen, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft, sexuellen Orientierung, Behinderung oder ihres äußeren Erscheinungsbildes bzw. ihres gesellschaftlichen Status richtet." (Bundesverfassungsschutzbericht 2004, S. 29)

um mögliche Brennpunkte in der Kommune zu analysieren und gemeinsam darauf zu reagieren. Hierbei geht es insbesondere darum, das Entstehen oder gar die Etablierung von Angsträumen für potentielle Opfergruppen zu verhindern.
Der Justiz kommt zum einen die Aufgabe zu, die Täter/innen im Nachgang einer Tat im Sinne des Strafrechts angemessen zu verurteilen und damit den Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Zugleich wirken Verurteilungen der Täter/innen abschreckend auf deren (Szene-)Umfeld. Um diesen präventiven Effekt zu erreichen, ist eine zeitnahe Verurteilung dringend erforderlich. Richter/innen und Staatsanwält/innen sind so aus- und weiterzubilden, dass sie die politische Motivation einer Tat erkennen können. Darüber hinaus ist die Bildung von Sonderdezernaten innerhalb der Staatsanwaltschaften in Erwägung zu ziehen. Hier werden Ermittlungsverfahren wegen Straftaten mit rechtsextremer Motivation von erfahrenen und fortlaufend geschulten Staatsanwält/innen bearbeitet. Je nach personellen und finanziellen Möglichkeiten können Richter/innen und Staatsanwält/innen aufklärerisch – bspw. über die Folgen einer Verurteilung für den beruflichen Werdegang – in Schulen und Jugendeinrichtungen tätig werden.

Die pädagogische Arbeit mit verurteilten rechtsextremen Gewalt- und Straftäter/innen ist zu verstärken und sollte primär auf ein straffreies Verhalten nach der Haftentlassung ausgerichtet sein. Alle Strafgefangenen sind in die sozialpädagogische Arbeit so einzubeziehen, dass sie immun gegenüber rechtsextremen Argumentationsmustern und Verhaltensweisen werden. Nach der Haftentlassung, welche immer mit Risiken und Problemen verbunden ist, sollte die pädagogische Arbeit kein Ende finden. Für praktische Unterstützungsleistungen müssen besonders geschulte Trainer/innen bereitstehen.
Neben der pädagogischen Arbeit mit Strafgefangenen gilt es mit Mitteln der Innen- und Justizverwaltung rechtsextreme Strukturen innerhalb der Haftanstalten und Unterstützungsnetzwerke aufzubrechen. So muss beispielsweise bei Schriftwechsel- und Briefkontrollen darauf geachtet werden, dass ein Kontakt außerhalb des Vollzuges – so mit rechtsextremen Parteien und Organisationen – strikt unterbunden werden kann. Um einen entsprechenden Umgang mit rechtsextremen Straftäter/innen gewährleisten zu können, bedarf es der stetigen Aus- und Weiterbildung aller an Strafverfolgung und -vollzug Beteiligten, insbesondere der Bediensteten des Allgemeinen Vollzugsdienstes.

Impressum

Herausgeberin:
Die Linkspartei.PDS
Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt
39104 Magdeburg, Domplatz 6 - 9
Telefon: 0391/560 5003
Telefax: 0391/560 5008
E-Mail: fraktion@pds.lt.lsa-net.de
Web: www.linksfraktion-lsa.de

Autorengruppe unter Leitung von:
Prof. Dr. Roland Roth
Professor für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH)
E-Mail: roland.roth@hs-magdeburg.de

Abschnitt 7 beruht wesentlich auf Zuarbeiten und Vorschlägen aus der Landtagsfraktion der Linkspartei.PDS.

v.i.S.d.P.:
Dr. Thomas Drzisga

Redaktionsschluss:
Februar 2007

Satz & Gestaltung:
dezign : johlige - werbeagentur
Web: www.dezign-johlige.de

Fotos:

Druck:
Harzdruckerei GmbH Wernigerode

Auflage:
1.000 Exemplare

DIE LINKE.PDS
Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt

Domplatz 6 - 9
39104 Magdeburg

Telefon: 0391/560 5003
Telefax: 0391/560 5008
E-Mail: fraktion@pds.lt.lsa-net.de

www.linksfraktion-lsa.de